

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 251.

Freitag, den 25. Oktober 1918.

25. Jahrg.

Wilson's Antwort.

Bereitschaft zu Waffenstillstands- und Friedensvermittlung, aber außerordentliche Sicherheiten.

Präsident Wilson hat auf die letzte deutsche Note wiederum so rasch und bestimmt Antwort gegeben, wie die Welt das an ihm schon gewohnt ist.

Des diplomatischen Beiwerks entkleidet, besagt Wilson's Antwort folgendes: Wilson nimmt Notiz von den Erklärungen der deutschen Regierung, die besagen:

1. Deutschland nimmt die von Wilson entworfenen Friedensbedingungen an.
2. Die gegenwärtige deutsche Regierung vertritt nicht die bisherigen Beherrschter Deutschlands, sondern die überwältigende Mehrheit des Reichstages und des deutschen Volkes.
3. Deutschland wendet nur noch die Kampfmittel an, die der Präsident als den Gesetzen der zivilisierten Welt entsprechend ansieht.

Unter diesen drei Voraussetzungen weigert sich Wilson nicht länger, den alliierten Regierungen den Vorschlag eines Waffenstillstandes zu unterbreiten. Die Bedingungen des Waffenstillstandes sollen jedoch beruhen auf dem, daß sie eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich machen. Das kommt nahezu einer Kapitulation gleich. Dieser außerordentliche Schritt wird jedoch Deutschland erleichtert dadurch, daß Wilson nunmehr auch die alliierten Regierungen fragen wird, ob sie bereit sind, den Frieden nach seinen Grundfätzen und Bedingungen zu schließen. Besteht dann Einmütigkeit darüber, daß Wilson's vierzehn Punkte und seine späteren Erklärungen dazu die Grundlage der Friedensverhandlungen bilden, dann kann eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten praktisch nicht in Frage kommen, und selbst Bedingungen, die sonst für Deutschland unannehmbar gewesen wären, weil sie es auf Gnade und Ungnade den Feinden ausgeliefert hätten, werden dann annehmbar, wenn zuvor feierlich verbürgt und verbrieft ist, daß nicht Rache und Vergeltung, sondern nur das Streben nach Gerechtigkeit die Friedensbedingungen bestimmen. Wir halten es für ausgeschlossen, daß nach einer Zustimmungserklärung aller Kriegführenden zu Wilson's Friedensbedingungen Waffenstillstand und Friedensschluß an irgendwelchen vorübergehenden militärischen Bedingungen scheitern könnten.

Warum Deutschland harte Waffenstillstandsbedingungen auferlegt werden, darüber spricht Wilson offen und schroff. Die Welt hat kein Vertrauen zu den Worten derjenigen, die bisher Herren der deutschen Politik gewesen sind, zu den Militärs und den Monarchen. Mit diesen würden sie überhaupt nicht verhandeln. Sollten Monarchen und Militärs oder deren Vertrauensleute die Friedensverhandlungen führen wollen, so sind die Feinde entschlossen, den Kampf bis zur bedingungslosen Kapitulation fortzusetzen.

Wohl hat sich in Deutschland ein großer Umschwung vollzogen, dessen Tragweite auch Präsident Wilson anerkennt. Er erhebt in diesem Zusammenhang die Einwendung, daß die Verfassungsänderung noch nicht vollständig und noch nicht gesichert ist; daß sie zwar Sicherheit gegen künftige Kriege, aber noch keine genügende Garantie dafür bietet, daß für den Rest dieses Krieges der Militarismus und der König von Preußen als entscheidende Machtfaktoren ausgeschaltet sind. In diesem Punkte möchte man Wilson gern widersprechen. Aber man muß ihm um der Ehrlichkeit willen zugeben, daß wir erst am Anfang des Verfassungswechsels stehen und daß bis auf den heutigen Tag vieles geschieht, was mit der neuen Ordnung der politischen Machtverteilung nicht vereinbar ist.

Doch vielleicht ist es Wilson überhaupt nicht darum zu tun, den deutschen Kaiser seiner früheren Machtbefugnisse entkleidet zu sehen, sondern sein Verlangen geht auf eine völlige Beseitigung der Hohenzollern-Dynastie hinaus. Die nächste Zeit wird darüber bald Klarheit bringen. Da es sich jetzt um das Schicksal Deutschlands und des deutschen Volkes handelt, so muß erwartet werden, daß nichts höher steht als dessen Leben und Zukunft. Wir stimmen unserem Hamburger Bruderorgan bei, wenn es schreibt: Um sich selbst und dem deutschen Volke diese Wahl zu ersparen, könnte Wilhelm II. etwas tun, was heute schon Millionen guter Deutscher von ihm erwarten und was, wenn es nicht freiwillig geschieht, vielleicht die Mehrheit des Volkes noch einmal fordern wird: er könnte für sich und sein Haus auf die Stellung verzichten, die ihren stärksten Reiz unter den neuen Zeitverhältnissen ohnehin für ihn schon verloren hat. Es ist keine Schande, einer Hebermacht zu weichen. Und Wilson ist nun einmal mächtiger als Wilhelm II. Denn er führt heute das Wort nicht nur als Präsident des nordamerikanischen Staatenbundes, sondern als Vorsitzender des ganzen uns feindlich gegenüberstehenden Völkerbundes.

Vor schicksalsschweren Entschlüssen steht jetzt die demokratische deutsche Regierung. Sie muß dem deutschen Volke den Frieden bringen, so unfähig dornig auch der Weg sein mag, der zu ihm führt. Doch einen Krieg weiter zu führen, der nicht mehr zu gewinnen ist, wäre das grauenvollste Verbrechen an Gegenwart und Zukunft.

Das Auswärtige Amt in Washington hat folgendes veröffentlicht:

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes an den Geschäftsträger der Schweiz, mit der Wahrnehmung der deutschen Interessen in der Union betraut:

Mein Herr! In Berücksichtigung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 20. Oktober, welche Sie übermittelten, beehre ich mich, Sie zu benachrichtigen, daß der Präsident mich beauftragt hat, folgendes darauf zu antworten: Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die feierliche und klare Erklärung der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie rückhaltlos die Friedensbedingungen annimmt, die in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 an den Kongress der Vereinigten Staaten niedergelegt sind, sowie die Grundzüge einer Regelung, welche in den folgenden Botschaften bekundet wurden, namentlich in der Botschaft vom 27. September, und daß die deutsche Regierung wünscht, die einzuleitenden Schritte bezüglich ihrer Anwendung (oder Durchführung) zu besprechen und daß ihr Wunsch und ihr Zweck somit nicht seitens derjenigen erfolgt, die bisher Deutschlands Politik diktiert und den gegenwärtigen Krieg im Namen Deutschlands führten, sondern einer Regierung, welche die Mehrheit des Reichstages vertritt und für die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes spricht, nachdem der Präsident außerdem die weiteren Versprechungen der deutschen Regierung erhalten hat, daß die Gesetze der zivilisierten Welt sowohl zu Wasser als zu Lande von den Streitkräften der Gegner beobachtet werden sollen, erwidert der Präsident, daß er nicht länger verweigern könne, mit den Regierungen, die mit der Regierung der Vereinigten Staaten verbündet sind, der Frage eines Waffenstillstandes näher zutreten.

Er hält es aber für seine Pflicht, neuerdings zu erklären, daß der einzige Waffenstillstand, den er vorzuschlagen sich ermächtigt fühlt, nur ein solcher sein könnte, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen verbündeten Mächte in die Lage setzen würde, den Umständen, die getroffen werden könnten, jene Kraft beizulegen, daß eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich gemacht würde. Der Präsident hat folglich seinen Notenwechsel mit den gegenwärtigen deutschen Behörden den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als Mitkämpfer alliiert ist, zu übermitteln mit dem Vorschlag, daß, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den vorge schlagenen Bedingungen und Grundfätzen zu bewerkstelligen, ihre militärischen Ratgeber und die militärischen Ratgeber der Vereinigten Staaten einzuladen sind, der deutschen und den mit ihr alliierten Regierungen die notwendigen Bedingungen eines solchen Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der betreffenden Völker vollständig wahren würde und den alliierten Regierungen das ungeschmälerte Recht zur Sicherung der Einzelheiten des Friedens, mit dem die deutsche Regierung sich einverstanden erklärt hat, zu verbürgen und durchzusetzen, vorausgesetzt, daß sie einen Waffenstillstand für möglich halten.

Eine Annahme durch Deutschland wird den besten und konkretesten Beweis der unabweislichen Annahme der Bedingungen und Grundfätze des Friedens bieten, woraus die deutsche Aktion entspringt. Der Präsident fühlt, daß er selbst nicht ganz aufrichtig wäre, wenn er nicht betonte, und zwar in möglichst aufrichtiger Form, aus welchem Grund außerordentliche Sicherheit verlangt werden muß.

So bedeutungsvoll und wichtig die Verfassungsänderung auch zu sein scheint, welche der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen in seiner Note ausspricht, scheint es doch, daß das Prinzip einer Regierung, welche dem deutschen Volke verantwortlich ist, bis jetzt noch nicht vollständig ausgesprochen wurde, oder daß irgend eine Garantie besteht, oder erfolgen wird, daß die Aenderung der Grundfätze oder deren Durchführung über die jetzt eine Übereinstimmung erzielt wurde, dauernd sein wird. Außerdem trat nicht klar zu Tage, ob der Kern der gegenwärtigen Schwierigkeiten getroffen ist. Es ist möglich, daß künftige Kriege jetzt unter Kontrolle gestellt werden, aber der gegenwärtige Krieg, der jetzt zur Diskussion steht, war es nicht. Es ist klar, daß das deutsche Volk kein Mittel besitzt, um zu beschließen, daß die deutsche Militärschöpfung sich dem deutschen Volkswillen zu unterwerfen habe und das Recht des Königs von Preußen, die Politik des Reichs zu kontrollieren, noch unerschütterlich ist, daß der entscheidende Militarismus noch immer in den Händen derjenigen ist, die bis jetzt die Herren in Deutschland waren.

In dem Gefühl, daß die ganze Welt jetzt davon abhängt, daß es klar ausgesprochen wird und auch von dem aufrichtigen und geraden Verlangen abhängt, betrachtet es der Präsident als seine Pflicht, ohne auch nur zu versuchen, irgend etwas, was schroff klingt, zu mildern, zu sagen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen haben können zu den Worten derjenigen, welche bisher die Herren der deutschen Politik gewesen sind und abermals zu betonen, daß beim Friedensschluß und beim Versuch, die endlosen Verleumdungen und Ungerechtigkeiten dieses Krieges ungeheuren zu machen, die Regierung der Vereinigten Staaten mit seinen, als denjenigen Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche Sicherheit über eine verfassungsmäßige Haltung bieten als wirkliche Beherrscher Deutschlands. Wenn mit den militärischen Behörden und der monarchischen Autokratie, welche Deutschland jetzt hat, verhandelt werden möchte, oder wenn nur die Aussicht bestünde, daß sie mit ihnen später bei den internationalen Verpflichtungen des deutschen Reiches zu tun haben, dann darf Deutschland seinen Frieden verlangen, sondern muß sich ergeben.

Es kann nichts dabei gewonnen werden, wenn diese essentiellen Bedingungen unausgesprochen bleiben.

Genehmigen Sie die Versicherung meiner Hochachtung.

Langing.

Was der Krieg bringt.

Die Heeresberichte.

W.B. Großes Hauptquartier, 24. Okt. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Dns-Niederung dauern Teilkämpfe an. Südwestlich von Senze schlug die seit dem 14. Oktober füglich im Kampfe bewährte 52. Division unter Generalleutnant Waldorf erneute Angriffe des Feindes an der Bahn Drenze-Bargen ab. Beiderseits von Wichte setzten wir uns vorläufige Nacht etwas vom Gegner ab und schlugen den Feind — der gestern in der Gegend von Kettekatte angriff — zurück. Auf feindlicher Seite haben sich belgische Landesbewohner an diesen Kämpfen beteiligt. Weiterorts Tourney und in der Schelde-Niederung erfolgreiche Vorfeldkämpfe.

Bei Solesmes und Le Cateau nahm der Engländer mit feindlichgeleiteten Divisionen auf fast 30 Kilometer breiter Front seine mit großen Zielen angelegten Angriffe wieder auf. Am Harpies-Walde ist sein erster Ansturm am frühen Morgen gescheitert. In wiederholten Angriffen stieß er im Laufe des Tages beiderseits von Romeries bis in die Gegend von St. Martin und Valenciennes und mit Teilen bei Beaumont vor. In der Mitte der Schlachtfrent brachten wir den heiderseits der Hömerstraße Le Cateau-Bavain angriffenden Feind in der Linie Bois-Saïnes zum Stehen. Südlich von Bouffes haben die schon in den letzten Tagen besonders bewährten Radfahrtruppen weiteres Vordringen des Gegners verhindert. Südlich von Le Cateau sind mehrfache Ausfälle des Gegners völlig gescheitert. Zwischen Bommereuil und Cateau haben schleswig-holsteinische, mecklenburgische und württembergische Regimenter gegen gewaltige Hebermacht ihre Stellungen behauptet. Das Gpflier-Regiment Nr. 121 unter seinem Kommandeur Oberst von Albert, hat hier besonders geleistet. Südlich von Cateau blieben die gegen den Sambré-Dijle-Kanal vordringenden Angriffe vor diesem in unserem Feuer liegen.

Zwischen Dije und Serres zeitweilig Artilleriekampf dem auf dem Nordufer des Serres feindliche Angriffe folgten. Sie wurden in unserem Feuer durch Gegenstoß abgewiesen. Teilangriffe des Gegners gegen den Couché-Abchnitt und nördlich von Pierre scheiterten. Das engbewohnte und mit Füllkugeln angefüllte Moncheton liegt unter starkem englischen Feuer.

Westlich der Aisne beschränkte sich der Feind gestern auf sehr harte durch heftiges Feuer unterstützte Teilangriffe. Württemberg und Bayern und württembergische Pioniere haben die Höhen nördlich von Bouziers gegen viermaligen Ansturm gehalten. Westlich von Bouziers laten sich in den letzten Kämpfen Teile der 1. Garde-Infanterie-Division unter Major Graf Eulenbourg besonders hervor. Zwischen Oizy und Grandpre schlugen elsass-lothringische, thüringische und heftige Regimenter feindliche Angriffe ab. Die Hauptlast des Kampfes trug das Infanterie-Regiment Nr. 17, das sich wiederum unter seinem Kommandeur Major Stebbel besonders bewährte.

Auf beiden Ufern der Maas nahm der Angriff der Amerikaner wiederum großen Umfang an. Bei den Wäldern von Bantheville und nördlich von Cunel stießen sie mit starken Kräften und von Panzerwagen begleitet gegen unsere Stützpunkte vor. Sie wurden abgewiesen und erlitten in unserem zusammengefaßten Feuer besonders schwere Verluste. Westlich der Maas dauerten heftige Kämpfe um die Waldhöhen beiderseits der Straße Conzenoye-Damviller bis zum Abend an. In hartem Kampfe und erfolgreichem Gegenstoß warfen brandenburgische und sächsische Bataillone den mehrfachen Ansturm der Amerikaner zurück.

Südlicher Kriegsschauplatz.
In heftigen Gebirgskämpfen haben unsere Nachhut das Beziehen neuer Stellungen beiderseits von Parachin gesichert.
Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorf.

Deutscher Abendbericht.

W.B. Antlich. Berlin, 24. Oktober, abends. Erfolgreiche Teilkämpfe in Flandern. Schlach von Solers und Le Cateau sind erneut schwerste Angriffe der Engländer geblieben; sie blieben auf östlichen Geländegebiet beschränkt. Von den anderen Fronten nichts Neues.

Eljas-Lothringen und Deutsch-Oesterreich.

Nach der gegenwärtigen Stellungnahme der deutsch-freundlichen konservativen Presse Stockholms sieht Branting es als gewiss an, daß die deutsche Regierung die öffentliche Meinung der neutralen Länder für den Verzicht auf Eljas-Lothringen vorbereite. Tatsächlich bedeuft für die Sicherheit und Zukunft der deutschen Nation die Anerkennung des Nothgedankens auch in diesem Punkte kein wirkliches Opfer. Dies umso weniger, als die Entwicklung der Ereignisse die von Deutschen bewohnten Teile Oesterreichs jetzt sehr bald zu Deutschland führen werde. Damit gewinne Deutschland viel mehr, als es in den französischen, polnischen und dänischen Grenzgebieten verliere, die gegen den eigenen Willen der Bevölkerung zu behalten das Deutsche Reich nicht beanspruchen könne.

Aber diese Wiedergutmachung der Sünden einer verurteilten Eliten- und Blutpolitik dürfte nicht zur Schaffung neuer, einander feindlicher Mächtegruppen dienen, wie es die waren, die im Weltkrieg miteinander gerungen hätten. Die Neuordnung werde vielmehr in besten Einvernehmen mit England und Amerika erfolgen; denn diese großen Demokratien begünstigen in der Politik ihrer hervorragenden Männer und ihrer mächtigen Arbeiterklassen nicht Eroberungen und neue Unterdrückung, sondern den Bund der Nationen, dessen Aussichten nie größer waren als jetzt.

Offenlich geben die Ereignisse den optimistischen Auffassungen Brantings recht, daß der unverfälschte Volkswille bald von allen Seiten als Grundlage des neuen Dauerfriedens freudig anerkannt wird.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

W.B. Wien, 24. Oktober. (Antlich.)

Italienischer Kriegshauptlag.

Gestern wurde im Abchnitt zwischen der Brenta und Piave und im Montello-Gebiet das feindliche Artilleriefeuer zu großer Heftigkeit an. Auch sonst entwickelten die feindlichen Batterien eine lebhafte Tätigkeit.

Balkan-Kriegshauptlag.

Stärkerer feindlicher Druck auf den Raum von Zajecar veranlaßte uns, die Front der Verbündeten bei Jagodina zurückzunehmen. Hier wurden stärkere serbische Angriffe abgewiesen.

Wien von Hungernot bedroht.

Die tschechische Politik nach englischem Muster, die Deutschen durch Hunger zu Jugendsünden zu zwingen, tritt immer offener auf. Die Zweiganstalten der Wiener Lebensmittelzentralen in Säbmen und Mähren haben die Lieferungen eingestellt. Tschechische Bahnen verweigern jeder Art von Lebensmittel den Transport, auch in Form von Handgepäck. Dem Wiener Bürgermeister wurde tschechischerseits erklärt, daß Lebensmittel nach Wien nur gegen nationale Jugendsünden für die tschechischen Minderheiten in Niederösterreich zu haben sind. Die Absicht ist, Wien die Doppelsprachigkeit in den Ämtern aufzuheben und dort tschechische Schulen zu errichten. Dieselbe Absicht wird gegen Deutsch-Böhmen verfolgt. Wien ist nur mehr auf 14 Tage mit Brot und Mehl versorgt. Im ganzen sind kaum noch 10 000 Waggons verfügbar.

Ein österreichisches Dementi.

Die österreichisch-ungarische Botschaft in Berlin bittet um Veröffentlichung folgenden Dementis: Auf Grund von Erkundigungen, die an maßgebender Stelle eingeholt wurden, wird mitgeteilt, daß die hier verbreitete Nachricht, daß Oesterreich-Ungarn einen Waffenstillstand abgeschlossen hätte, auf völlig freier Erfindung beruht.

Syrans und Beterles Rücktrittsgesuche angenommen.

Ministerpräsident Beterles überreichte die Demission der Gesamregierung, welche vom Monarchen angenommen wurde. Der König betraute bis zur Ernennung der neuen Regierung Beterles mit der Führung der Geschäfte. Der König nahm die Demission des Ministers des Aeußeren, Graf Syrjan, an und ernannte an seiner Stelle den Grafen Jastus Andraßy.

Wichtige Entscheidungen in Ungarn.

F. U. Budapest, 24. Oktober. Als Nachfolger Dr. Beterles, der gehtern dem König die Demission des Kabinetts unterbreitete, gilt Graf Michael Karolji, der, falls er die Kabinettsbildung durchführen sollte, an die Spitze einer Friedensregierung treten dürfte. Graf Karolji wird heute vom König in Audienz empfangen werden. In der Wohnung des Grafen Karolji fanden gestern vertrauliche Beratungen statt, an denen hauptsächlich Vertreter der radikalen politischen Elemente sich beteiligten. Die Konferenz beschloß die Bildung eines ungarischen Nationalrats. Graf Karolji beabsichtigt, dem König den Wunsch vorzutragen, daß der König im großen Saale des ungarischen Reichstages erscheine und dort öffentlich und feierlich die Unabhängigkeit Ungarns proklamieren.

Die ungarischen Schwierigkeiten.

Budapest, 24. Oktober. Im Reichstag wurde von einem Abgeordneten der Karolji-Partei ein Telegramm verlesen, wonach in Fiume das kroatische Infanterie-Regiment Nr. 2 die Revolution ausgerufen habe. Die Kroaten hätten, nachdem sie die Honved-Truppen entwaffnet hätten, die Honved-Kaserne und alle öffentlichen Gebäude besetzt, sowie die Polizei nach kurzem Straßenkampf in die Flucht geschlagen. Die Eisenbahnlinie Fiume-Desaidzu sei unterbrochen. Im Abgeordnetenhause entstand auf diese Meldung ein großer Aufregung. Man eruchte den Grafen Karolji, sofort den Zusammenstoß aller fraktionellen Parteien ins Werk zu setzen. Graf Karolji legte sich mit den Grafen Jastus Andraßy, Apponyi und Beterles ins Einzelne. Die meisten Abgeordneten verlangten die sofortige Entlassung des Kabinetts. Karolji erklärte, daß in 24 Stunden wieder Ordnung geschaffen werden würde, wenn ein Ministerium komme, das friedenspolitische und in erster Linie das Land schützen würde. Um 10 Uhr erschien Ministerpräsident Beterles und erklärte, daß das Kabinet unter den gegenwärtigen Umständen sich nicht beraten könne, die Regierungsgeschäfte weiterzuführen. Man wies darauf hin, daß die Grundlage der nächsten Regierung unbedingte Anerkennung des ungarischen Reichstums sei.

Die tschechische Demokratie gegen den Adel.

Aus Wien wird berichtet: Das sozialistische Prager Blatt „Prava Udu“ wendet sich in einem Artikel aufs Schärfste gegen den Adel und schreibt: Der tschechische Adel tritt wieder ans Tageslicht und bekennt sich für tschechischen Nation. Im Tschechienstaate wird aber kein Platz für den Adel sein. Es ist eine der Forderungen der tschechischen Demokratie, die Aufhebung aller Adelsprivilegien durchzuführen. Wie wir hören, sind neben der tschechischen Abordnung auch zwei Adlige nach der Schweiz gefahren. Niemand hat sie aber mit einer Mission betraut. Unsere Nation hat drei Abgeordnete in die Schweiz geschickt, einen Arbeiter, einen Bauern und einen Journalisten, die allein berufen sind, für unsere Nation zu sprechen.

Forderungen der italienischen Sozialisten.

W.B. Bern, 24. Oktober. Nach italienischen Blättern erklärte Orlando eine Delegation der sozialistischen Fraktion, die Kammer könne einflußlos der stets wechselnden internationalen Lage zugeht nicht einbezogen werden.

„Avanti“ veröffentlicht den Wortlaut eines von der Kammergruppe der offiziellen Sozialisten eingereichten Antrages, worin verlangt wird, daß bei den Friedensverhandlungen alle eifrig bedacht sein müssen, jede Unterdrückung und Wiedervergeltung, jede imperialistische Absicht, gleichviel unter welcher Verschleierung, und jeden möglichen Grund oder Vorwand für künftige Revanche auszuschalten. Das Recht auf Selbstbestimmung müsse durch einen tatsächlichen und möglichst weitgehenden Zusammenschluß der kriegführenden und neutralen Staaten und Völker gemäß ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gewährt werden, der nicht zur Isolierung und Rivalität von nationalen Gruppen, sondern zur natürlichen und vernünftigen Verteilung der Arbeit in einem einzigen großen Weltwirtschaftssystem führe. Der Antrag verlangt ferner die Abschaffung der Zensur, der Sondergesetze, der außerordentlichen Polizeigerichte, sowie eine Amnestie für politische Opfer des Krieges.

Aus dem französischen Senat.

Im französischen Senat verlangte Präsident Dubost, daß die Kriegslage zu restloser Rache gegen Deutschland ausgenutzt werde. Unter Zustimmung Pichons verlangten mehrere Senatoren der besiegten Gebiete die Einsetzung einer Kommission zur Feststellung der deutschen Greuel. De Pierre, Senator von Lille, führte aus, daß das gesamte deutsche Volk für die Verstörungen und Greuel solidarisch halte. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Er lebt noch!

Die von der russischen offiziellen Telegraphen-Agentur Kojta verbreitete Nachricht, Großfürst Nikolai Nikolajewitsch befinde sich in Kiew, ist unrichtig. Der Großfürst lebt im Schloß Duclber in der Krim. Er verließ seinen Aufenthalt nicht. Die kürzlich durch die Blätter gegangene Nachricht, er sei erschossen, ist ebenfalls ein haltloses Gerücht.

Balfour will die deutschen Kolonien annektieren.

In einer Rede in London legte Balfour Nachdruck auf die Wichtigkeit der Aufrechterhaltung der Verbindungen zwischen England und seinem Kolonialreich. Er erklärte, unter keinen Umständen können wir dulden, daß ein Feind imstande ist, diese Schlagadern abzuschneiden. (Beifall.) Wenn die deutschen Kolonien zurückgegeben würden, welche Bürgschaften kann es dann geben, daß sie von ihren ursprünglichen Besitzern nicht als Grundlage für einen Piratenkrieg gebraucht werden? Balfour mußte keine andere Antwort auf diese Frage, als daß eine solche Regelung in keinem Falle mit den Interessen und der Einheit des englischen Reiches in Einklang zu bringen sei. Die deutschen Kolonien dürften nicht an Deutschland zurückfallen.

Tschitscherin an Balfour.

Der Volkskommissar des Aeußeren, Tschitscherin, hat an Balfour folgendes Telegramm gerichtet: Auf das Telegramm des britischen Gesandten in Kiritania bezugnehmend, welches am 9. Oktober im Volkskommissariat des Aeußeren durch die norwegische Mission in Petersburg mitgeteilt worden ist, drückt das Volkskommissariat sein Erstaunen aus über die in dem Telegramm enthaltene Erklärung, die britische Regierung könne, da sie von Samara abgeschnitten sei, keine Verantwortung für die Handlungsweise der Tschesko-Slowaken, über die sie keine Kontrolle hätte, übernehmen, und betont, der verräterische Zustand der Tschesko-Slowaken sei von Anfang an unter dem Einfluß der Entente und auf Ententekosten entstanden und von Ententeagenten organisiert worden. Die Gefängnisse, die von den Besten der arbeitenden Klasse überfüllt sind, die Leichenhäufen der niedergemetelten Jugend, die zahllos von den verabscheuungswürdigen Agenten der Reaktion hingemetelt wurde, alle diese Ströme von Blut, die durch die Straßen geflossen sind, alle diese Straftaten, deren so viele waren und die das ganze von den Tschesko-Slowaken, den bezahlten Agenten des englischen und französischen Kapitalismus besetzte Gebiet schändeten, für alles das solle die Verantwortung auf die wahren Missetäter und Leiter dieser Taten, den britischen und französischen Kapitalismus. Nur mit Berachtung und Empörung kann das Volkskommissariat den Versuch zurückweisen, der Verantwortlichkeit für Taten auszuweichen, deren ganze Last auf ihren Urheber fallen muß.

Ein diplomatischer Rat der Alliierten.

Der Remonter Korrespondent der „Daily Mail“ meldet: In nächster Zeit werden Konferenzen in London und Frankreich abgehalten werden zu dem Zweck eines alliierten diplomatischen Rates ins Leben zu rufen, mit dem Hauptzweck in Paris und enger Fühlung mit den militärischen Beratern im Felde.

Das Frauenwahlrecht in England.

W.B. London, 24. Okt. (Kont.) Im Unterhause wurde mit 274 gegen 25 Stimmen eine Resolution angenommen, welche die Regierung auffordert, ein Gesetz einzubringen, wonach die Frauen als Mitglieder des Unterhauses wählbar sind.

Vollsbestimmung in Island.

Zwischen Dänemark und Island ist eine Vereinbarung getroffen worden, welche die Selbständigkeit Islands bedeutend erweitert, aber doch einen Zusammenhang mit Dänemark bestehen läßt. Die im Sommer dieses Jahres getroffene Vereinbarung unterliegt jetzt in Island der Volksabstimmung. Wie das dortige Telegraphen-Bureau aus Reykjavik meldet, sind die ersten Resultate der Vereinbarung günstig und lassen keinen Zweifel an ihrer Annahme. So wurden in Hefjord 248 Stimmen für und 95 gegen den Vertrag abgegeben, auf den Westmanns-Inseln 475 für und nur 4 dagegen, in Seydisfjord 200 für und 4 gegen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Rutichismus in Berlin.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet: Den in der arbeitenden Bevölkerung verbreiteten Handzetteln, auf die wir kürzlich aufmerksam machten, ist jetzt ein Flugblatt gefolgt, das sich unter Hinweis auf die Demonstration am letzten Mittwoch gegen die neue Regierung und die Sozialdemokratie richtet. Es wird darin u. a. gesagt: Die demokratische Regierung ließ die Arbeiter, die demonstrierten, wie Verbrecher behandeln. Sie ließ die Klempe ziehen, und Blut ist geflossen. Arbeiter, merkt es euch! Unter Scheidemanns Mitverantwortung hat man die Massen marschieren lassen gegen die Arbeiter, wie es in Torgau auch getan. Es ist das erste Arbeiterblut, geflossen unter der neuen Volksregierung. Dann werden die Arbeiter aufgefordert, selbst die Regierung zu ergreifen. Das Flugblatt und die ganze Aktion geht nicht nur von den Spartakus-Leuten aus, sondern von den Unabhängigen, wenn auch vielleicht nicht von ihren verantwortlichen Führern. Die Beteiligung der Unabhängigen geht daraus hervor, daß das Flugblatt zu vielen Malen die Rede „Parteienlos“ erwähnt, die bei den Spartakus-Leuten schon lange nicht mehr gebräuchlich ist. Ueber die Verwerflichkeit dieses Treuens und die mutwillige Diskreditierung der Regierung des Friedens ist kein Wort weiter zu verlieren.

Das Wahlrecht vom Herrenhaus verabschiedet.

Das preußische Herrenhaus nahm die drei Herrenhausvorlagen mit den Abänderungsbeschlüssen der Kommission en bloc an unter Stimmenthaltung der Mitglieder der Rechten Fraktion. — Zwanzig aus der konservativen Fraktion ausgeschiedenen Mitglieder gaben dabei die folgende Erklärung ab: „In Verfolgung der politischen Entwicklung haben wir uns, wenn auch nicht ohne Bedenken, entschlossen, die Wahlrechtsvorlage mit den Sicherungen in der vorliegenden Fassung anzunehmen. Uns auf den Boden der nun einmal gegebenen politischen Verhältnisse stellend, sind wir entschlossen, an den großen Aufgaben der Zukunft positiv mitzuwirken.“

Für den Kampf bis zum Aeußersten.

Die deutsch-konservative Fraktion erklärt einen Aufruf, in dem sie gegen Wilsons Antwort Stellung nimmt und zum Kampf bis aufs Aeußerste auffordert. „Daß wir noch keinen Frieden haben, ist mit auf ihr Schuldkonto zu legen!“

Säben, wie drüben.

Die Kriegstreiber in den verschiedenen Ländern sind in der glücklichen Lage, sich ganz derselben Methoden bedienen zu können. Für die Agitation in der Presse sind in den verschiedenen Ländern sogar die gleichen Artikel verwendbar. Nur die Arbeit der Uebersetzung ist zu leisten. In einer Notiz in der „Friedenswarte“ vom März 1913 wird dargelegt, wie englische und deutsche Flottentreiber journalistisch Hand in Hand arbeiten. Danach enthielt das Jahrbuch des britischen Flottenvereins (Naval League Annual 1910/11) einen Artikel des Herausgebers Alan Bourgoigne „Die Entwicklung des englisch-deutschen Antagonismus“ mit folgender recht charakteristischen Fußnote: „Dieser Artikel war von dem Verfasser für den Grafen Ernst von Reventlow geschrieben und ist in den Berliner „Zeitfragen“ (einer Beilage der „Deutschen Tageszeitung“) erschienen. Er ist nur insoweit geändert worden, als ihm das neuere Material beigelegt wurde.“

Graf Reventlow, der bekannteste deutsche Flottentreiber, Alan Bourgoigne, eines der tätigsten Mitglieder des englischen Flottenvereins, hervorragender Vertreter des imperialistischen „perfiden Albion“, beide Lauschgeschäfte in Zeitungsartikeln abwickelnd, die ihre verheerende Wirkung ausüben — hüben wie drüben!

Die Unabhängigen Sozialdemokraten

haben mit Unterstützung der Sozialdemokraten und Polen folgende Anträge im preußischen Abgeordnetenhause eingebracht: die Regierung zu ersuchen, sofort eine Verfügung zu erlassen, durch welche die ganz ungenügende Gefangenenerziehung in sämtlichen Strafanstalten derart zu verbessern ist, daß diese allen Anforderungen der Hygiene und Humanität entspricht. Diese Maßnahme ist auch auf die noch in Untersuchung, politischer oder Schulpflicht Befindlichen auszudehnen; die Regierung aufzufordern, im Landesrat sofort ein Kriegs-gesetz zu veranlassen, durch welches alle Personen, die während des Krieges aus politischen Gründen verurteilt sind, in Untersuchungshaft oder sogenannte Schulpflicht genommen sind, ohne Verzug auf freien Fuß gesetzt und in vollem Umfange in ihre früheren Rechte wieder eingesetzt werden. Das Gesetz soll auch auf die Personen, die ihrer politischen Stellungnahme wegen zum Heeresdienst eingezogen sind, wieder vom Heeresdienst befreien, sobald diejenigen auf freien Fuß setzen, die angeblich aus anderen Gründen, in Wirklichkeit aber ihrer politischen Stellungnahme wegen verurteilt oder in Untersuchung genommen worden sind.

Die Gasbomben der „Leipziger Volkszeitung“.

Das geistige Niveau des führenden Blattes der Unabhängigen, der „Leipziger Volkszeitung“, wird charakteristisch durch einen Aufsatz, der in fettem Druck an der Spitze der Dienstag-Nummer prangt. Er lautet:

Schutz bei Gasangriffen!

Wie uns aus sicherer Quelle mitgeteilt wird, ist die Schutzmannschaft in Berlin und anderen Orten Deutschlands mit Gas-handbomben und Gasmasken ausgerüstet worden, die bei Demonstrationen Verwendung finden sollen. Zum Schutze des Publikums gegen die Wirkung solcher Gasbomben merke man sich folgende Maßregeln:

1. Sollten bei Menschenansammlungen Gasbomben geworfen werden, so richte man seinen Weg, wenn möglich, so ein, daß man mit dem Winde geht.
2. Es trage jeder ein feuchtes Taschentuch bei sich.
3. Man halte den Mund fest geschlossen, nehme das feuchte Tuch vor die Nase und atme nur durch das Tuch.

4. Das Tränen der Augen löst sich nicht vermeiden, jedoch hilft ein Abtupfen der Augen mit einem trockenen Tuche sehr viel. Die Augen dürfen nicht gerieben werden.

5. Es braucht niemand unnütze Furcht zu empfinden. Die Bomben enthalten Bronchietongase, doch sind Keimstoffe, die auf den körperlichen Organismus nicht schädlich wirken, jedoch außer Husten und Tränenreiz leichte Ohnmachten hervorbringen können, wenn man ganz ohne Schutz dagegen ist. Frische Luft löst alle Einwirkungen dieser Gase bald wieder verfliegen.

6. Die Handgasbomben haben keine Sprengwirkung, es platzt nur die Hülle, damit das flüchtige Gas sich verflüchtigen kann. Der Knall braucht also keine Angst hervorzurufen.

Wie man uns aus Leipzig meldet, ist nach dem Erscheinen der „Volkzeitung“ in der Tat kein Auge trocken geblieben, und die Leipziger Unabhängigen haben vorerst von dem trockenen Taschentuche Gebrauch machen müssen. Außer der „Leipziger Volkzeitung“ ist allerdings auf den an Verfolgungswahn kranken Berliner Gewährsmann der Leipzigerin auch die Berliner Polizei hineingefallen, die diese Expektorationen eines kranken Hirnes höchst ernsthaft demontiert.

Der unbelehrbare Hansabund.

Auf einer Tagung des Hansabundes in Mainz sprach Dr. R. Köhler-Berlin über „Kriegsgesellschaften“. Der Redner beanstandete scharf das Verlangen der Kriegsgesellschaften gerade auf ihren wichtigsten Aufgabengebieten. Sie hätten nicht den Anforderungen entsprochen, die man an sie gestellt habe. Sie hätten oft Waren in einer Beschaffenheit abgeliefert, deren Lieferung jeden Privatändler vor den Straßrichter gebracht haben würde.

In manchen dieser Äußerungen hat der Hansabund-Redner recht. Aber seine besorgte Kritik war nur Mittel zu dem Zwecke, der schrankenlosen Wirtschaft, dem freien Spiel der Kräfte, das Wort zu reden. Wie man sieht, will der Hansabund den Kriegsmenschen der schrankenlosen „freien“ Ausbeutung des Privatunternehmers ansiehtern. Dafür wird sich das Volk bedanken!

Zum Schluß wandte sich der Redner gegen die Sozialdemokratie, die jetzt, nachdem sie ihre politischen Ziele in Deutschland erreicht habe, nach wirtschaftlicher Sozialisierung Deutschlands strebe. Der Hansabund in seiner Gesamtheit und jedes einzelne Mitglied müsse energisch solche Bestrebungen bekämpfen.

Ja, es ist für den Hansabundler schmerzhaft zu sehen: ihre kapitalistischen Bäume werden nicht in den Himmel wachsen!

Die alte Praxis im Saargebiet.

Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht in Saarbrücken verhandelte man gegen den Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes Pokorny wegen angeblichen Landesverrats. Pokorny war Ende August d. J. verhaftet und seitdem in Untersuchungshaft gehalten worden. Wie unverantwortlich man dort mit Verhaftungen vorgegangen ist, geht daraus hervor, daß man die Anklage wegen Landesverrats fallen lassen mußte und daß sich nur eine Verurteilung wegen Uebertretens von Vorschriften aus dem vorliegenden „Material“ heraus destillieren ließ. Das Urteil lautete in dieser Sache auf 19 Tage Gefängnis, die für verbüßt erklärt wurden.

Norwegen.

Christiania, 24. Oktober. Die Wahlen in Norwegen. Die Wahlen zeigen eine große Verschiebung nach rechts. Im Augenblick sind 48 endgültige Ergebnisse bekannt. 25 der Rechten, 14 der Linken, 1 Arbeiterdemokrat und 8 Sozialisten, in 66 Bezirken erfolgen Stichwahlen. 12 Ergebnisse sind noch unbekannt. Der Störthingspräsident Mowinkel wurde von einem Kandidaten der Rechten besiegelt. Konservative Zeitungen erwarten den Sturz der Regierung. Die Rechte gewann 8 Bezirke, die Linke verlor sieben und die Sozialisten einen. In den Wahlbezirken mit endgültigem Ergebnis stieg die Stimmenzahl der Rechten um 30 000, die Stimmenzahl der Linken ging um 20 000 im Vergleich zu den letzten Wahlen zurück.

Das Programm der neuen türkischen Regierung.

Konstantinopel, 23. Oktober. Meldung der Telegraphen-Agentur Milli: Das neue Kabinett stellte sich heute der Deputiertenkammer vor. Großwesir Tzjet Bascha verlas die Programmrede, die folgendes enthält: Die Regierung übernahm die Gewalt in dem kritischsten Augenblick unserer Geschichte, da unser Land vor ungeheuren Schwierigkeiten im Innern und vor äußeren Gefahren steht. Sie ist sich des Gewichtes der Aufgabe, die sie erwartet, sowie des Grades der Verantwortlichkeit bewußt, über die die Geschichte ihr Urteil abgeben wird. Der Organismus des Vaterlandes, der während der letzten vergangenen acht Tage durch allerlei Störungen innerer und äußerer Art Erschütterungen erlitt, bedarf endlich der Ruhe. Namentlich die tapfermütige Nation, die die schwersten Entschlüsse auf sich nahm, denen sich während des schrecklichen vier Jahre währenden Krieges kein Volk hätte leicht fügen können, hat schließlich das Bedürfnis auszusprechen. Unsere einzige Pflicht ist gegenwärtig, den Bedürfnissen gerecht zu werden. Um diese Pflicht zu erfüllen, werden wir mit der Hilfe des Allmächtigen alle unsere Anstrengungen und allen unseren Eifer aufwenden. Wir haben uns entschlossen, die in Folge der Kriegsnöten von einem Orte zum anderen in das Innere des Landes abgeschobenen Landbevölkerung nach Maßgabe der Bedürfnisse heimzuführen zu lassen und begannen mit der Durchführung dieses Entschlusses bereits. Bewegliches und unbewegliches Vermögen dieser Kinder des Vaterlandes, die seit ein oder zwei Jahren furchtbare Leiden ertrugen, wird ihnen ersetzt und der Gegenwart für ihr Hab und Gut, das verkauft wurde, ihnen zurückgestellt werden. Wir beschließen, durch militär-administrative Verfügungen den Ausgewiesenen die Freiheit wieder zu geben und an die Wilajete Mitteilungen in diesem Sinne ergoßen zu lassen. Wir bereiten einen Gesetzentwurf vor, den wir Ihnen unterbreiten werden und der eine allgemeine Amnestie der politischen Verurteilten betrifft. Das Heil des Landes, die Ruhe der Nation und ihr Glück haben ihren Bestand einzig dem Gehorsam gegenüber dem Gesetz und in der Bestrafung derjenigen, die es übertreten. Wir werden jede Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Unverantwortlichkeit, weil sie die Verwaltungsgewalt behindern, beseitigen und jederzeit vor Ihnen erscheinen, um über unsere von diesem Gesetz geleiteten Handlungen Rechenschaft abzulegen. Was den äußeren Frieden anbelangt, wird unser Kabinett seinen ganzen Eifer darauf verwenden, um so rasch als möglich in all ihren Schritten durchzuführen. Wir werden mit Aufrichtigkeit einen Frieden annehmen, der auf den von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika verkündeten Grundsätzen des Rechtes und der Gerechtigkeit aufgebaut ist. Wir sind Anhänger der Grundsätze, die Wilson in seiner Rede am Großen Washington dargelegt hat. Wenn zum ersten Male in den internationalen Beziehungen die Grundsätze des Rechtes und der Gerechtigkeit angenommen und zur Anwendung gelangen werden

Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 25. Oktober. (Amtlich.) Westlicher Kriegsjahresbericht. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern dauern die Kämpfe in der Eys-Niederung an. Der Feind, der in den südwestlichen Teil von Deguzé eindringt, wurde im Gegenstoß wieder zurückgeworfen. Die Zerstörung der Drähtspalten in der Schelde-Niederung durch den Gegner schreitet fort. Auch das Stadlinnere von Louran lag im englischen Feuer. Die Abwanderung der Bevölkerung aus diesen Gegenden nach Osten nimmt zu. Nördlich von Salesnes und La Cateau setzte der Engländer seine großen Angriffe fort und behalte sie nach Norden bis an die Schelde aus. Südlich der Schelde sind sie vor unseren Linien auf den Höhen östlich des Caillon-Baches gescheitert. Der in breiter Front durch den Wald von Mortal anrückende Feind konnte in Peiz-Du-Nord und in Fontaine-a-Bols Fuß fassen. Im übrigen wurde er westlich der Straße Engles-Fontaine-Landrecies nach heftigem Kampfe zum Stehen gebracht. Diese heftigen Angriffe haben dem Feinde im ganzen einen Geländegewinn von 800—1000 Meter gebracht. Größere Erfolge blieben ihm trotz seines außerordentlichen Kräfteeinsatzes gestern verjagt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. An der Dife zwischen Dife und Serre und westlich der Dife zeitweiliger Artilleriekampf. An der Dife schiedenen Teilorthöhe des Gegners. Zwischen Dife und Serre wurden stärkere Angriffe der Franzosen abgewiesen. Wo der Feind in unsere Linien eindringt, warfen wir ihn im Gegenstoß wieder zurück.

Zu dem Abschnitt beiderseits Bouziers ließ die Gefechts-tätigkeit nach. Die Höhen östlich von Vestres wurden von bayrischen und württembergischen Truppen gegen erneute heftige Angriffe des Feindes behauptet.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Reichskanzler Prinz Max von Baden über die Kriegsanleihe:

Die neunte Kriegsanleihe muß den ungeborenen Selbsterhaltungswillen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen.

und wir und unser Land vor den Eroberungsabsichten fremder Staaten geschützt sein werden, wird eine neue Ära des Glücks und der Ruhe für alle seine Teile einleiten, die die Grundlage der Reform und Erneuerung sichern wird. Unsere Regierung wird ungefümt allen Elementen, ohne Unterschied des Stammes und der Religion, das Recht gewähren, in gleicher Weise die politischen Rechte und die Freiheit der Entwicklung zu genießen und in jeder Art an der Verwaltung des Landes teilzunehmen. Wir werden die nötigen Änderungen an unseren gegenwärtigen Wahlgesetzen vorschlagen, um die Rechte der Minoritäten zu sichern. Was die arabischen Wilajete anbelangt, so werden wir danach trachten, diese Frage zu lösen unter Sicherung der ihren nationalen Bestrebungen entsprechenden Selbstverwaltung, unter der Bedingung, daß das Band zwischen ihnen und dem Reich erhalten bleibt.

Die Kammer erteilte dem Kabinett ein fast einstimmiges Vertrauensvotum. Nur zehn Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung.

Wohnungsfrage und Wohnungsfrage.

Von H. Thomas-Frankfurt a. M. Zum ersten Male in der Geschichte des Wohnungswezens hat das große Gebiet aller der auf die Wohnungsfragen bezüglichen Stoffe in einem vierzehntägigen festumrissenen Lehrgang eine Beleuchtung erfahren, wie sie in dieser Gründlichkeit von Spezialisten wohl noch nie gegeben worden ist. Die Zeitumstände mögen dabei geholfen haben. Die Tage vom 23. September bis 5. Oktober in denen sich die politische Geschichte Deutschlands zu einem neuen Werden anschickte, warfen ihre Schatten auch in das Wohnungsparlament nach Frankfurt a. M., wo sich in der Universität 200 Vertreter versammelt hatten.

Die Auslese der Teilnehmer geschah nach deren sozialer Wirksamkeit, es waren meist Wohnungsinspektoren, Sozialbeamte aller Art, Abgeordnete von Städten, Bildungsaussschüsse, Armen- und Waisenpfleger. Der Vortragsstoff nahm Rücksicht auf alle einschlägigen Gebiete. Aus dem reichen Material seien hier nur einige Stichproben wiedergegeben, die zeigen, mit welcher Reichhaltigkeit unterrichtet wurde: Errichtung und Organisation von Wohnungsämtern, gesetzliche Grundlagen der Wohnungsfrage, Wohnungszustand, kommunale Boden- und Siedlungspolitik, Bau- und Wohnungsordnungen, Wohnungsfragen des Mittelstandes, Fürsorge der Arbeitgeber, die Teilhaft des gemeinnützigen Wohnungswezens, Fürsorge für studentische Wohnungen, Kreditbeschaffung, Hypothekendarlehen, Wohnungsnot, Wohlfahrtsfürsorge, Wohnungsbeschaffung für Kinderreiche, für Fürsorgepersonen, Kleingartenbau als Wohnungsergänzung, Reich und Wohnungsfrage, die Wohnung in kultureller Hinsicht, ferner in gesundheitlicher Beziehung, Tuberkulose, Möbelversorgung, Heimstättenbildung, Mietrecht usw.

Jeder erzieht aus dem reichlichen Stoff, der, wie gesagt, nur eine Auslese darstellt, welche tiefen Fragen erörtert worden sind; die Auswahl der Redner war dem Grade der Aufgabe angepasst, fast nur Praktiker, wie Dr. Lindemann, Dr. Luppe, Dr. Quard, Dr. Vollgeist, Dr. Landmann, Baumeister Gressler, Professoren Bleichner, Cahn, Bittel, Wohnungsinspektor Gressel, Dr. Gut, Baurat Reinicke, Professor Dr. Waier, Dr. Marx und andere kamen zum Wort. Auch sonst waren bekannte Autoritäten herangezogen, wie Direktor Mantel-Beipzig, Architekt Paulsen-Berlin, Dr. Sonenschein-München-Clabach, Vormbraud-Münster, Dr. Kampfmeyer-Karlsruhe, Dr. Bullmann-Offenbach. Wirklich darf gesagt werden:

Es war Vorsorge getroffen, daß für jedes Gebiet Fachleute die einleitende Vorlesung übernehmen. Unsere Leser werden nun nicht verlangen können und wollen, über die zehn Tage auch eine nur annähernd auszugswürdige Wiedergabe des Stoffes zu bekommen, es kann sich nur darum handeln, in großen Umrissen das zu skizzieren, was in Frankfurt für die Abgesandten der deutschen Städte geboten wurde. Da soll man an die Spitze gestellt werden, die Bemerkung, daß die zehntägigen Verhandlungen bewiesen haben, daß die Wohnungsfrage eigentlich die Quelle der ganzen sozialen Reformen sein muß. Dem Vortragsstoff hätte man noch ein Thema anrei-

ben können, wofür ruhig ein Redner als Redner genommen werden dürfte, wie nämlich die Wohnungspolitik in Deutschland ist und wie sie die Wohnungspolitik in Deutschland ist und wie sie die Wohnungspolitik in Deutschland ist.

Der dem Kriege war hier ein gewisser Gleichgewichtszustand eingeleitet. Vergessen wurde die Wichtigkeit der Wohnungsreform zwar nicht, aber es war doch eine Schwächlichkeit allzu sehr hinderlich. Das Verbot der Wohnungsbeschaffung für Verdienste, Kinderzölle blieb ungenutzt, trotzdem eine halbe Million von Sozialversicherungsbeträgen im Wohnungsbau fließend lag; was bedeutete 162 Millionen, wo mindestens vier bis fünf Milliarden nötig waren.

Nach dem Kriege wird die Wohnungsnot sehr drückend wirken. Die Kriegswirtschaft hat jegliche Initiative bei der privaten Wohnungsbauherstellung zerstört. Wie soll das nach dem Kriege werden? Was diesen Blick in die Zukunft ergibt sich die Wichtigkeit zentraler Leitung. Heute fehlen schon in Deutschland 300 000 Wohnungen — keine Wohnungen werden bei dem Gerabanken des Mittelstandes in das Proletariat noch viel mehr ziehen. Der Ausweg, mit Hoch- und Kellerwohnungen zu helfen, ist ein Tropfen auf dem heißen Stein, zudem gesundheitlich und erzieherisch durchaus verwerflich. Barackenbauten sind weder wirtschaftlich noch billig.

Es wurde gefordert: Reform der Vorortbahntarife, großzügige Politik des Wohnungswezens, Berücksichtigung des Wohnungsbaues, Siedlungsgesellschaften, Reform des Enteignungsrechtes, Preisregelung für Baustoffe, Organisation im Einkauf, Kreditbeschaffung, Mietzinsbildung für Hausbesitzer im öffentlichen Interesse, Revidierung der Bauordnungen, Revidierung der Vorschriften im Straßenbau, und eine Reihe anderer Maßnahmen. Die Beteiligung der Arbeiterschaft ist wichtig. Über bringen diese heute der ganzen Sache lange nicht das Interesse entgegen, das erwünscht sei. Die Erfahrungen zeigen, daß auch die genossenschaftlichen Bestrebungen nicht ausreichend unterstützt werden. In Verbindung mit der Sozialversicherung muß nach einem Vorschlage von Schmidtman (Köln) Wohnversicherung geschaffen werden; die Anregung wird von Dr. Quard aufgegeben, der besonders im Interesse der Bedürftigen in den schlechtesten Räumen verwickelt sehen möchte. Eine weitere Forderung ist Festlegung der Mietpreise für ältere Wohnungen, überhaupt großzügige Schutzbestimmungen für Mieter. Sicherung des Wertwachses für den Gemeindefiskus, die bisherige Art der Bau- und Umschlagsteuer habe diese Sicherung nicht gebracht. Vorsichtige Bodenpolitik der Gemeinden, es dürfe nicht vorkommen, daß der Wettbewerb der Behörden die Bodenpreise künstlich in die Höhe treibt, beim Fallen aber den Steuerzahlern die teuren Objekte bleiben. Ausgleich durch verständige Bebauungspläne, wodurch zugunsten des Kleinwohnungsbaues Vorteile auf Kosten von Geschäfts- oder Villenwerteln errungen werden könnten, wobei auch gewisse Erleichterungen für Straßen-, Kanal-, Licht- und Wasserbaukosten erwogen werden können.

Die Aufgaben, die das Reich zu leisten hat, ergeben sich aus dem Verlagen kommunaler Arbeit auf diesem Gebiete. Auch die Einzelstaaten verlagen, erst nachdem wir ein Reichswohnungs-gesetz haben, ist es besser geworden. Das Reich hat jetzt die Aufgabe, durch Maßnahmen auf einen Abbau der Grundrente hinzuwirken, durch militärische Maßnahmen sind zum Teil die Uebertreibungen hervorgerufen worden, das Reich hat die Pflicht, die Wirkungen zu mildern. Beschaffung von Baugeldern wird eine der nächstliegenden Aufgaben des Reiches sein, es dürfte sich nach Lindemann dabei um eine Milliarde handeln. Reichswohnungsämter, Reichswohnungsgesetz sind weitere Forderungen, die zu stellen sind.

Es darf betont werden, daß in den zehntägigen Verhandlungen zahlreiche Einblicke in örtliche Verhältnisse gegeben wurden, manche verkehrte Maßnahme auf dem Gebiete der Grund- und Bodenpolitik wurde hier kritisch beleuchtet, ihre verderbliche Wirkung gezeigt und so recht lehrreiches Material vorgebracht, das wohl geeignet ist, den Blick kritisch zu schärfen.

Alles in allem dürften die Verhandlungen vom 23. September bis 5. Oktober, damit das neue Wohnjahr seine Tätigkeit gewissermaßen eröffnete, als recht vorbildlich gelten, das kam in der Stimmung der Teilnehmer einmütig zum Ausdruck.

Wenn nun die zweihundert Hörer und Hörerinnen jeder an seiner Stelle im Sinne dieser fortwährend gezielten Veranstaltung weiter wirken, dürfte der Gewinn nicht gering einzuschätzen sein.

Für ähnliche Lehrgänge und Kongresse dürfte es erwünscht sein, wenn man auch die Beteiligten selbst zu Worte kommen läßt, in der Weise, daß man die, die unter der Wohnungsnot direkt leiden, ihre Wünsche vortragen läßt; mancher frische Zug, neue Anregungen und vielleicht auch tieferes Erfassen des ganzen Problems könnte dabei der Gewinn sein.

Nus Silber und den Nachbargebieten.

Freitag, 25. Oktober.

Parteiengenossen und Parteiengenossinnen!

Die Ereignisse der letzten Tage und Wochen stellen die sozialdemokratische Partei Deutschlands vor schwere, entscheidungsvolle Aufgaben! Aus ihren Reihen treten zum erstenmal Männer in die Regierung ein, die man früher als „Glende“ und „Waterslandlose Gesellen“ beschimpft, Männer, die für ihre Ueberzeugung gelitten und gekämpft und der Arbeiterbewegung in jahrzehntelanger, zäher Arbeit wertvolle Dienste geleistet haben.

Ein Ereignis von hoher, weltgeschichtlicher Bedeutung. Zu einer Zeit, wo Gemaltherrschaft und Anexionismus zusammenbrechen, tritt die Demokratie das Erbe des alten Obrigkeitsstaates an. Es gilt jetzt, ein neues Deutschland aufzubauen, das nur das Werk des deutschen Volkes selbst sein kann.

Nicht nur heute auf morgen wird das möglich sein. Große Schwierigkeiten sind noch zu überwinden, ungeahnte Hindernisse müssen noch beseitigt werden.

Das wird um so rascher und leichter möglich sein, wenn die Arbeiterschaft über eine starke, festgefügte Parteiorganisation verfügt, deren Einfluß auf die Leitung und Gestaltung des neuen Staates um so größer sein wird, je gewaltiger die Zahl ihrer Mitglieder ist.

Ehrenpflicht unserer Genossen und Genossinnen muß es sein, die Zeit zu nützen und überall sofort mit der Arbeit, zur Gewinnung neuer Parteimitglieder, zur Gewinnung neuer Leser für die Parteipresse zu beginnen.

Die vielen Tausende von Männern und Frauen, die innerlich mit der Sozialdemokratie fühlen und denken, aber aus irgendeinem Grunde noch zurückhielten, der Partei beizutreten, sie müssen als Mitglieder gewonnen werden.

Darum helfe jeder mit, unserer Parteiorganisation zu fördern. Deshalb sei allen denen, die sich in ihren Gedanken mit der Sozialdemokratie, zugehört:

Tretet ein in den Sozialdemokratischen Verein. Werdet Leser des „Südecker Volksboten“.

Särge im Möbelschrank.
Der Tod hält draußen an der Front und auch hier in der Heimat eine reiche Ernte. Das grüne Gespenst, die Grippe, sucht zahlreiche Familien heim, und mancher, den der Krieg bisher verschonte, fällt ihr, weit vom Schuß, zum Opfer. Die Leichenhäuser im Krankenhause und auf den Friedhöfen füllen sich, die Totengräber sind kaum noch in der Lage, die benötigten vielen Gräber herzustellen und die Leichenwagen vermögen nicht allen Anforderungen zu genügen, die an sie gestellt werden. Deshalb hat der Staat die Abfuhr der Särge im Großbetrieb. So wurden gestern in einem geschlossenen Möbelwagen sechs Särge gemeinsam nach den Begräbnisplätzen gefahren. Noch fällt es auf, bald wird man sich nicht mehr auch daran wundern haben. Zwei Leid und Grauen kumpelt ab. Wann endlich wird das Leben wieder sein volles Recht erhalten?

Geld an Leute jeden Standes ohne Mühen durch
mit solchen verlockenden Anpreisungen suchen die Agenten der Darlehnsfirmen das kreditbedürftige Volk zu überreden. Bewirbt man sich auf ein solches Angebot hin um ein Darlehen, so muß man zunächst einen Vorbehalt für die angebotene Mitbewertung des Agenten zahlen. Die ganze Arbeit des Agenten besteht nun darin, daß er das formularmäßige Gesuch von dem Geldbedürftigen unterschreiben läßt und an sein „Haus“, eine, wie er ausdrücklich betont, „handelsgerichtliche eingetragene Firma“ in irgend eine Großstadt weiter gibt. Diese Firma legt nun den Beizug fort. Sie verlangt als „Informationsgebühr“ oder unter irgend einer anderen Bezeichnung einen Geldbetrag, der nach der Höhe des gesuchten Darlehens abgemessen ist und als unangemessen hoch bezeichnet werden muß. Ist auch dieser Betrag gezahlt, so wird eine Auskunft über den Darlehenssucher eingeholt. Die Auskunft wird aber nicht von einer der maßgebenden, angesehenen Auskunftsstellen erbeten, sondern sie wird von einer Winkel-Auskunftsstelle besorgt, die mit den Darlehnsfirmen Hand in Hand arbeitet. Die Auskunft fällt natürlich derart aus, daß die angeblichen Darlehnsgeber auf Stellung von Sicherheiten bestehen müssen. Es ist ganz in ihr Ermessen gestellt, welche Sicherheiten sie als genügend erachten. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle können die verlangten Sicherheiten nicht geboten werden. Das Verfahren endet dann gewöhnlich damit, daß das Gesuch mangels genügender Sicherheit abgewiesen wird und daß der Darlehnsucher seiner vorausgezählten Beträge verlustig geht. Denn wohlweislich haben sich die Darlehnsfirmen schon vorher durch einen entsprechenden Vermerk in dem von dem Darlehnsucher unterschriebenen Auftragschein gesichert. Hiernach sind sie zur Rückzahlung der Vorzahlung nicht verpflichtet. Auf diese Vorzahlung haben es die Darlehnsfirmen lediglich abgesehen. Es muß hiermit dringend vor einer Verbindung mit solchen zweifelhaften Firmen und Agenten gewarnt werden. Da in letzter Zeit derartige Firmen darauf ausgehen, Kriegsbeschädigte ihren Zwecken dienstbar zu machen, so seien auch die Kriegsbeschädigten ausdrücklich auf die Gefahren hingewiesen, die von den Darlehnsfirmen ausgehen. Die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck, Parade 1, die bereits in zahllosen Fällen sich mit den Darlehnsfirmen zu befassen hatte, ist gern bereit, sachlich Interessierten mit Rat und Tat an Hand zu gehen.

Durchsuchung von Postsendungen in den Postschaltervorräumen.
Eine amtliche Erklärung der Reichspostverwaltung über die Beschränkung der Durchsuchung in den Postschaltervorräumen auf Postsendungen des gewerblichen Schleichhandels liegt jetzt in folgender Antwort auf eine Anfrage des Reichstagsabgeordneten Carstens vor: „Nach § 102 der Strafprozessordnung kann bei demjenigen, der als Täter oder Teilnehmer einer strafbaren Handlung verdächtig ist, eine Durchsuchung seiner Person und der ihm gehörigen Sachen vorgenommen werden, wenn zu vermuten ist, daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln führen werde. Die Durchsuchung von Paketen vor der Entlieferung zur Post entspricht daher dem geltenden Rechtszustande, und das Post-(Brief-)geheimnis (§ 5 des Postgesetzes) wird durch

die Durchsuchung der Pakete nicht im Gemahrsam der Postverwaltung beeinträchtigt, es sich sonach nicht um Postsendungen handelt. Nachdem beachtet worden ist, daß die Überwachungsstellen der Polizei eine glatte Umkleitung des Postverkehrs beabsichtigen, hat der preussische Herr Staatskommissar für Volksernährung die Polizeibehörden anzuweisen lassen, eine Kontrolle des Paketverkehrs in den Schaltervorräumen der Postanstalten auf solche Einzelfälle zu beschränken, in denen der Verdacht begründet erscheint, daß es sich um Postsendungen des gewerblichen Schleichhandels handelt, die Durchsuchung außerhalb der Schaltervorräume nicht zulässig ist und sich ohne Störung des Postbetriebes durchführen läßt. Die übrigen Bundesregierungen im Reichs-Postgebiet sind um gleiche Anweisungen der Landespolizeibehörden ersucht worden.“

Augen auf und Beutel zu! In letzter Zeit häufen sich bei der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck die Beschwerden, wonach Reisende dadeloje Muster vorlegen und so hohe Bestellungen erzielen. Demnach treffen die Sendungen unter Nachnahme ein. Im Vertrauen auf die gegebenen Zusicherungen werden die Pakete eingelöst. Es stellt sich dann heraus, daß die gelieferten Waren nicht im geringsten den vorgelegten Mustern entsprechen, ja daß ganz andere Waren als bestellt geliefert werden. So ist es vorgekommen, daß ein Kaufmann für mehrere tausend Mark Lack bestellt, später aber Salz geliefert erhalten hat. Dessen Schwindel kann man so ziemlich beim Betrieb sämtlicher Waren feststellen, z. B. bei Seife und Seifenersatz, bei Rohzwirn, besonders bei kosmetischen und pharmazeutischen Mitteln. In jüngster Zeit wird häufig echtes Köhnisches Wasser angepriesen. Das Wasser ist reichlich prithaltig. Die gelieferte Ware ist ein fast wertloses parfümiertes Wasser ohne jeglichen Spritzgehalt. Im Warenhandel gilt daher heute mehr denn je der Grundsatz: Augen auf und Beutel zu!

Einzahlung der Halbmarkstücke. Die Halbmarkstücke sollen nunmehr gleichfalls zur Einziehung gelangen. Als Ersatz werden neue Stücke aus einem anderen Metall folgen, mit deren Prägung die staatlichen Münzen bereits befaßt werden. Mit dem 31. Dezember d. J. verlieren die jetzigen Halbmarkstücke ihre Eigenschaft als öffentliches Zahlungsmittel, danach werden sie nur noch von Staats- und ähnlichen Kassen angenommen werden.

Sonntagabend. Am Sonntag, dem 8. November, bringt uns Dr. Ernst Albert wieder einen seiner so beliebten bunten Abende und sind viele neue vielversprechende Sachen auf dem Programm. Die lustigen Hamsterpredigten dürften wieder eine besondere Anziehungskraft ausüben, auch seine überbecker Dichterparabeln und Eingefandts. Als Theaterdirektor Striese wird er seine urkomischen Erlebnisse schildern. Auch die originellen Zylinderreden, sogar mit neuem Zylinder, werden uns erfreuen. Es steht wieder ein erfreulicher Abend zu erwarten.

Der Tanzabend von Hildegard Tropolowich im Marmorfaal des Stadttheaters war gut besucht und bot viel Schönes. Jung und geschmeidig, voll Nannut in ihren Bewegungen, ist Hildegard Tropolowich eine Tänzerin, die ihren wirbelnden, charakteristischen, niedrigen und automatenhaften choreographischen Kunstfertigkeiten eine eigene Note zu geben versteht. Glänzende, oft originelle Kostüme erhöhen deren Wirkung. Am Flügel saß Ernst Lewandowski, die für zwei von ihr neulich gespielte Kompositionen gleichfalls Beifall fand, der in besonders starkem Maße der Tänzerin gespendet wurde.

„du hast die Gans gestohlen.“ Ermittelt und festgenommen wurde ein Händler aus Sildorf, der einem dortigen Landmann 2 Gänse gestohlen hatte, die er hier zu verkaufen suchte.

Teppichdiebstahl. Aus einem Hause am Pferdemarkt wurde ein 5 Meter langer und 1,30 Meter breiter perfekt gefärbter Schugläufer gestohlen. Der Wert desselben beträgt 150 Mk.

Entwendete Uhren. Gestern wurde aus einem Uhrengeschäft in der Breiten Straße ein Uhrentasten gestohlen, in dem sich zwei silberne Uhren mit den Nummern 115 399 und 797 191

und eine Metalluhr befanden. Der leere Uhrentasten wurde später in einem Hause der Fischstraße aufgefunden.

Herrenloser Handkoffer. In dem Vorgarten eines Hauses am Kreuzwege wurde gestern ein brauner Handkoffer gefunden, in dem sich ein Stiegenbuch, Stickerarbeit, eine braunleibene Decke und 8 Spigenträger befanden. Offenbar rührt der Koffer von einem Diebstahl her, zumal sich in dem Koffer noch eine Unfallskarte aus einer Strafanstalt befand. Personen, die sachdienliche Angaben über die Herkunft des Koffers machen können werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats wird am Sonnabend, dem 26. Oktober, abends von 6 bis 7 Uhr im Lokale des Herrn Hilprecht, Gasthof Transvaal, abgehalten werden.

Hamburg. Betriebsunfall mit drei Todesfällen. Auf dem Gewerke der Societad Binicola in der Nordberghstraße, Steinwälder, hat sich Donnerstag mittag ein schwerer Betriebsunfall zugetragen, der drei Menschenleben gekostet hat. Eine in den Erdboden gemauerte Zisterne, die etwa 80 Kubikmeter Inhalt hat, und mit Weiswein gefüllt gewesen war, war Dienstag entleert worden. Danach war sie gereinigt und auch die Kohlen säure heraus getrieben worden. Es müssen sich aber gestern davon noch große Mengen darin befunden haben, als der Arbeiter Klugial, wohnhaft Wilhelmshagen, dem Musikantier Wedel, wohnhaft Hamburg, Eshoffstraße 24, Haus 7, den Auftrag gab, in die Grube hinabzusteigen. Als dieser nicht wieder erschien, begab Klugial sich selbst hinunter, kam aber auch nicht wieder, ebenso der den beiden zu Hilfe eilende Aufseher Rabe, der Hammerbeck Nr. 3 wohnt. Nun wurde die Feuerwehre herbeigerufen. Mannschaften des Zuges 8 mit Rauchhelmen ausgestattet, holten die drei Leute herauf, doch war ihr Leben bereits entflohen.

Aus Nah und Fern.

Eine Familientragödie. In der Roskoder Straße in Berlin wurden die 78jährige Witwe Anna Gelling und ihre 33jährige Tochter, die Kriegswitwe Gertrud Jesche mit ihren beiden Kindern, einem 9jährigen Mädchen und einem 7jährigen Knaben durch Gas vergiftet aufgefunden. Die von einer Köchin der Jesche herbeigerufene Feuerwehre stellte Wiederbelebungsversuche an, die bei den Kindern von Erfolg begleitet waren. Frau Jesche, deren Mann vor 2 1/2 Jahren fiel, war unglücklich und konnte das Bett nicht verlassen. Krankheit und Nahrungslosigkeit haben die beiden Frauen in den Tod getrieben.

Literarisches.

S. S. Houben, Sier Jenjur — wer dort? Antworten von gestern auf Fragen von heute. Leipzig, F. W. Brockhaus, 1918. Preis 3,60 Mk., geb. 5 Mk. Eine abwechslungsreiche und muntere Unterhaltung bietet dieses Büchlein. Jetzt, wo neben den deutschen Diplomaten die Dame Jenjur die meistgescholtene Person ist, lag der Gedanke nahe, ihre Biographie zu schreiben. Der Verfasser vermittelte ihm in einer epigrammatisch zugespitzten, anekdotenartigen Form. Die Zeitläufer Friedrichs des Großen und Kaiser Josephs II., der Französischen Revolution, Napoleons und der Befreiungskriege, des souveränen Absolutismus und des beschränkten Untertanensystems werden in farbenlustigen Miniaturbildern und ernsthaft-schwarzen Silhouetten an die Wand gemalt. Da purzelt höfische und militärische, politische, weltliche und moralische Jenjur nur so übereinander. Und die Geschichte — das ist der pikante Beigeschmack des in jeder Beziehung zeitgemäßen Büchleins — fordert überall den Vergleich mit der unmittelbaren Gegenwart heraus.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Ständlich in Lübeck.

Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.
Geschäftsstelle: (5223) Fleischhauerstraße 19, Zimmer 6.

Nach kurzer schwerer Krankheit starb das Mitglied unserer Stanzerie, Herr
Henry Denker.
Wir verloren einen pflichttreuen Mitarbeiter, dessen Andenken wir in Ehren halten.
Drägerwerk Lübeck.
Heinr. und Bernh. Dräger.
5230

Lüchtige Böttcher
zum sofortigen Antritt gesucht.
Zu melden in der Böttcherei bei der Lohmühle.
Eduard Cadow.
5229

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Zahlflecke Lübeck.
Am Mittwoch, 23. Oktbr., starb unser Mitgl. Lied, der Kollege
Emil Tidow.
Seine feierlichen Andenten! Die Beerdigung findet am Montag, dem 28. Oktober, nachmittags 5 1/4 Uhr, auf dem Bornwitzer Friedhofe statt.
5234 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlflecke Schwartau.
Auf dem westlichen Kriegsjahrsplatz fiel am 29. Sept. unser Kollege, der Tischler
Heinr. Ehlers.
Wir werden ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren!
5237 Die Ortsverwaltung.

Hiermit die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Auguste geb. Klünder
nach längerem Leiden am 28. Okt. im 65. Lebensjahre sanft entschlafen ist. In tiefer Trauer
Wilhelm Holst u. Familie.
Clever Landwehr.
25. Oktober 1918. (5225)
Die Beerdigung findet am Montag, dem 28. Oktober, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Kapelle Renjesfelder Friedhof statt.

Achtung, Kritiker!
Männerschnitthaar p. Kilo 3.— Mk. kauft
Albert Schütt, Lübeck,
5225) Königstr. 62, part.

LEDERSOHL
Hansa D. R. G. M.
hergestellt aus Spalleder, staatl. begutachtet, Preise staatl. festgelegt, jahrelang best. bewährt, leicht, elastisch, Sohlen schöner haltend, wasserdicht.
Verkaufsstellen:
Schumacherstr. 6.
Reiferstr. 3.
Fackenburg Allee 48.
Meierstr. 29.
5228

Dem grausamen Weltkriege fielen zum Opfer unsere Mitglieder, die Kollegen
Ernst Sterly
Selmsdorf.
Paul Peck
und
H. Rohweder
Wir werden denselben ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Ortsverwaltung.

Allen denen, die unserer lieben Entschlafenen die letzte Ehre erweisen und ihren Sarg so reich mit Kranzen schmücken und für die kostbaren Worte des Herrn Pastor Mildenstein sagen ihren herzlichsten Dank (5232)
J. Heick und Kinder.

Haltbare Hosenträger
mit Leder und gutem Gummi
Aug. Janensch,
Sandstraße 6. (5227)

J. H. Pein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.
Beste Bezugsquelle für erstklassige
:: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten
Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Visitenkarten
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Hansa-Brauerei A.G.
Lübeck.
Trinkt
Lübecker Vereins-Brau

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlflecke Schwartau.
Auf dem westlichen Kriegsjahrsplatz fiel am 29. Sept. unser Kollege, der Tischler
Heinr. Ehlers.
Wir werden ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren!
5237 Die Ortsverwaltung.

Praktischer Wegweiser
Einkaufswörterbuch = Echtheits-empfehlungsw. Geschäfte = Zergelt. Besichtigung = empfohlen =
Krosserolen
Die Klare der
Schulz-Brauerei Kiel
werden überall bevorzugt.
Wald
Wilhelm Rahfolt
Unterstraße 113 - Telefon 687
vortreffliche Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spirituosen

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Hansa-Theater.
Freitag abend 7 Uhr:
Polenblut.
Sonnabend:
Drei alte Schachteln.
Als Gast: Carl Tralow vom Carl-Schultz-Theater in Hamburg. (5228)
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Die Csardastertin.
Abends 7 Uhr: Polenblut.

Stadttheater Lübeck.
Spielzeit 1918/19.
Freitag, den 25. Oktober
Mignon.
Oper in 3 Akten v. A. Thomas.
Anfang 7 Uhr.
4. Vorstellung im Freitag-Ab.
Sonnabend, den 26. Oktober
Rose von Stambul.
Operette in drei Akten von Leo Fall.
Anfang 7 Uhr.
Sonntag, den 27. Oktober
Anfang 2 1/2 Uhr.
1. Volksvorstellung.
Die Räuber.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedr. von Schiller.
Jeder Platz einschließlich Garderobegebühr 70 Pfg.
Verlosung der Plätze Freitag und Sonnabend abends 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr an der Theaterkasse.
Abends 7 Uhr
Garmen.
Oper in 4 Akten von Bizet.
Montag, den 28. Oktober
Volkstümliches Konzert
Anfang 7 1/2 Uhr

Brauerei zur Walkmühle
Hansa-Brauerei A.G.
Lübeck.
Trinkt
Lübecker Vereins-Brau

Bavaria-Brauerei
Königsplatz
Niederlage Lübeck
Lindenstr. 69a Tel. Nr. 474
Krosserolen
Die Klare der
Schulz-Brauerei Kiel
werden überall bevorzugt.
Wald
Wilhelm Rahfolt
Unterstraße 113 - Telefon 687
vortreffliche Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spirituosen

Praktischer Wegweiser
Einkaufswörterbuch = Echtheits-empfehlungsw. Geschäfte = Zergelt. Besichtigung = empfohlen =
Krosserolen
Die Klare der
Schulz-Brauerei Kiel
werden überall bevorzugt.
Wald
Wilhelm Rahfolt
Unterstraße 113 - Telefon 687
vortreffliche Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spirituosen

Carl Rohde
Sohlensohle, Bedarfsartikel
Feitz-Gerberlei
Heinr. Schüller Glandorpstraße 7
Sobledoramsch

August Scherer
G. m. b. H.
Liefert die Feinste in allen Warenarten.
Lederhandlungen
Carl Rohde
Sohlensohle, Bedarfsartikel
Feitz-Gerberlei
Heinr. Schüller Glandorpstraße 7
Sobledoramsch

Konner bevorzugen
das gute Lübecker
Bürgerbräu
Aktienbrauerei Lübeck
Estla
Möws Mühle, Mühlenfabrikate
Ratzeburg
Ratzeburger Aktien-Brauerei

Vertrauensvotum für den Reichstanzler.

Die Donnerstag-Sitzung des Reichstages war von Anfang an von großer Unruhe erfüllt. Der Inhalt der Wilsonschen Antwort war schon seit Beginn der Sitzung durchgehends und immer wieder knüpften sich neue Erörterungen daran. Jedem lag eine ungemütliche Stimmung über dem Haupte, die sich auch sehr bald äußern sollte. Der erste Redner war Staatssekretär Dr. Solff, der auf die Forderungen der Landwirte einwirkte. Die Norddeutsche Frage erklärte er rechtsgültig gelöst. Wäre bei der Revision auch als er darauf hinwies, daß die Zustimmung zum Wilson-Programm die Lösung der Elb-Lothringischen und der polnischen Frage dem allgemeinen Friedensschluß und der Selbstbestimmung überlasse. Daran knüpfte Dr. Solff eine Ablehnung polnischer imperialistischer Annexionsansprüche und eine Mahnung, die Opfer des deutschen (und wohl auch des österreichisch-ungarischen) Heeres für die Wiedermehrung Polens nicht zu vergessen. Ein Zwischenruf Korjantys veranlaßte einen heftigen Gegenruf Werner-Sieckers und es herrschte nicht viel gelächelt und zum ersten Mal im deutschen Reichstag wäre mit den Fäusteln gekämpft worden, während sonst bekanntlich dort ausschließlich mit geistigen Waffen gekämpft wird.

Der nächste Redner war der Kriegsminister Scheuch, der gleich mit seiner ersten Ministerrede ordentlich daneben kam. Es war der Ton, der die Musik machte, und er war so ganz der verklangenen Harmonie des Militarismus entnommen, daß er die Ohren nicht nur der äußersten Linken peinlich berührte. Genosse Noske gab dieser Empfindung kräftigen Ausdruck. Dann wandte auch er sich gegen den polnischen Imperialismus, dem nachher übrigens Ledebour einkräftige Wahrheiten sagte. Noske ging auch auf die Monarchiefrage ohne Scheu ein und behandelte sie so, wie es der ganzen Gedankenwelt der Sozialdemokratie entspricht. Zum ersten Male ergriff darauf ein parlamentarischer Staatssekretär das Wort, Herr Trimborn. Die polizeiliche Auflösung einer Berliner Sozialistenversammlung am Abend zuvor gab er reaktionslos preis, was freilich den Aufgelassen nicht mehr viel helfen kann. Er versicherte aber, daß Vorsorge für die Zukunft getroffen sei. Der Konservative Reich lieferte ein Rückzugsgelächel ohne viel Schein. Vizekanzler von Payer unternahm einen kräftigen Gegenstoß. Auch Ledebour, der natürlich die Kaiserfrage gleichfalls besprochen hatte, machte Payer einen Nachruhm, in dem er zu bolschewistischen Veröffentlichungen aus früheren Kabinettsberichten über Zentrum und Sozialdemokratie bemerkte, daß gerade Wilhelm II. seinen damaligen russischen Kollegen die Einführung der Konstitution empfohlen habe. Bald darauf war die Debatte zu Ende, die Verfassungsvorlagen wurden mit der von der Mehrheit gewünschten Abänderung angenommen und dem Reichskanzler mit 193 gegen 52 Stimmen, bei 23 Enthaltungen der Polen, das Vertrauen ausgesprochen wurde. Die dritten Lesungen finden am Freitag statt.

Donnerstag, den 24. Oktober.

195. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: v. Payer, Dr. Solff, Scheuch, Scheidemann, Erzberger.

Die gestrige Beratung wird fortgesetzt. Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Solff: Der Vorwurf, daß sich unsere Truppen beim Rückzug durch Flandern und Nordfrankreich völkerrechtswidrige, unmenschliche Handlungen hätten zu Schulden kommen lassen, weise ich zurück. Im Einvernehmen mit dem Generalgouvernement in Brüssel hat eine Kommission unter Führung des spanischen Gesandten im Haag die deutsche Front besichtigt. Sie hat anerkannt, daß die deutschen Militärbehörden alles ihnen Mögliche getan haben, um sowohl das Los der Flüchtlinge als auch das Los der Bewohner der dem Bombardement ausgesetzten Städte zu lindern. Die deutschen Behörden haben sich redlich bemüht, der Bevölkerung vor Veränderung Schutz zu gewähren. (Hört, hört!) Ihre Ernährung sicherzustellen und die Krankheiten zu retten. Zwangswäse entfernt sind lebhaftig Personen im militärischen Alter, aber auch das mit Ausnahmen. Die Regierung ist gestern von verschiedenen Seiten gefragt worden, ob sie die Grundsätze des Präsidenten Wilson ehrlich durchzuführen

beabsichtige. Die Regierung weist jeden Zweifel an dieser Absicht auf das entschiedenste zurück. (Bravo!) Was Eliaß-Lathringen und Polen anbetrifft, so ist ohne weiteres klar, daß wir, da diese Landesteile unter den 14 Punkten Wilsons ausdrücklich angeführt sind, mit der Regelung beider Fragen durch die Friedensverhandlungen einverstanden sind. Auf die norddeutsche Frage trifft das aber nicht zu. Ein positiver Rechtsanspruch auf eine Volksabstimmung aus dem Prager Frieden besteht heute nicht mehr. — Der Herr Abg. Kiehn hat ein recht herbes Urteil gefällt über die in Elb-Lothringen eingeleitete Neugestaltung der Dinge. Die Regierung wird sich dadurch nicht abhalten lassen, den für richtig erkannten Weg weiter fortzuführen. (Bravo!) Dem elb-Lothringischen Volk soll dadurch das Recht werden, die Angelegenheiten des Landes nach seinem Willen zu regeln. Es entspricht dieses Vorgehen den Bestrebungen, die die Mehrheit auf Anregung und unter Zustimmung des Herrn Kiehn und ebenso der übrigen reichslandständischen Abgeordneten verfocht hat. (Hört, hört!) Die Regierung hat für ihre Pflicht gehalten, diese Bestrebungen alsbald nach ihrer Konstituierung in die Tat umzusetzen. Einer anderweitigen Lösung der elb-Lothringischen Frage wird aber durch die gegenwärtige Lösung in keiner Weise vorgegriffen. Der Redner der polnischen Fraktion hat aus dem Punkte 13 des Wilson-Programms weitgehende Ansprüche für den künftigen polnischen Staat begründet. Demgegenüber erklärte ich: Die deutsche Regierung hat das Programm des Präsidenten Wilson offen und ehrlich angenommen. Dieses Programm begründet einen Frieden des Rechts und der Versöhnung und will nicht neue Gegenüberstände schaffen. Wenn der polnische Redner erwidert hat, daß er z. B. Danzig, eine Stadt mit 2-3 Prozent polnischer Bevölkerung für das zukünftige Polen beansprucht, so legt er sich in schreiendem Gegensatz zu den Grundsätzen des Präsidenten Wilson. (Veh. Zustimmung.) An keiner Stelle des Programms ist gesagt, daß auch unbestreitbar deutsche Bevölkerungsteile einem künftigen Polen angegliedert werden sollen. (Sehr richtig!) Eine derartige Auslegung des Satzes von dem freien Zugang zur See im Sinne einer territorialen Eroberung vorkommenden Landes widerspricht dem vom Präsidenten verkündeten Recht der Selbstbestimmung der Völker. (Sehr wahr!) Das Rechtsgefühl des deutschen Volkes würde durch gewalttätige Auslegung der Grundsätze des neuen Völkerrechts aufs schwerste verletzt werden. (Sehr richtig!) Die deutsche Regierung wird sich mit aller Entschiedenheit jeder Vergewaltigung der Polen und jeder Vergewaltigung der Deutschen, jeder Lösung widerlegen, die ein Zusammenleben beider benachbarten Völker unmöglich machen und zu neuen Konflikten führen müssen. (Bravo!) Wenn der polnische Redner in schärferer Form Kritik geübt hat an gewissen Maßnahmen der preussischen Verwaltung, so erinnere ich nur daran, was in diesem Kriege das deutsche Volk und das deutsche Heer getan haben, bis es überhaupt möglich wurde, auf die Plattform zu treten, auf der die Freiheit von Polen jetzt geschaffen werden soll. (Stürmischer Beifall.) (Abg. Korjant: Gewandt und geübelt haben sie! — Großer Lärm rechts. — Präj. Fehrenbach ruft den Abg. Korjant zur Ordnung. — Abg. Werner-Griep ruft dem Abg. Korjant zu: „Kaus mit dem Hund!“ Abg. Solff (Polen) springt auf und ruft den Abg. Werner. Abg. Rupp und verschiedene Abg. der Rechten springen hinzu und verhindern Tätlichkeiten. Abg. Graf Posadowsky ruft den Polen zu: Wir sind hier nicht im polnischen Reichstag!) — Das demokratische Deutschland, dessen historische Stellung zur polnischen Frage auch den Herren Polen bekannt ist, hat den ersten christlichen Willen, mit dem polnischen Volke in einen dauernd friedlichen und freundschaftlichen Verhältnisse zu leben. Das ist aber nur möglich, wenn es von beiden Seiten ehrlich erstrebt wird. (Stürmischer Beifall.)

Kriegsminister v. Scheuch: In schweren, aber nicht verzweifelten Tagen trete ich als Kriegsminister vor Sie. Das Heer ist nicht geschlagen, die Heimat ist nicht zusammengebrochen. (Beifall.) Die Kräfte des Widerstandes zu beleben, ist meine dringende Aufgabe. Meine Verwaltung bittet um Ihr Vertrauen, sie verdient es. Wo Kritik geübt wird, gehehe es mit dem Maße, die die Lösung vor den Leistungen unserer Frontführer und die Rücksicht auf die große Verantwortung unserer Kommandostellen daheim gebieten. (Beifall rechts.) — Es ist behauptet worden, 1918 seien die Munitionsbestellungen vermindert worden. Diese Behauptung ist falsch. (Der Kriegsminister führt im einzelnen den Tatbestand an.) Die Gesamtmunitionsherstellung ist in stetigem Aufstiege gewesen. Der Nachschub ist dauernd ungebrochen und entspricht trotz der Munitionsverluste in vollstem Umfange den Erfordernissen der Kriegsführung. (Beifall.) Was die Tankfrage anbetrifft, so wurden nach dem Ergehen der feindlichen Tanks im Mai 1917 die ersten Probewagen fertig. Eine Herstellung im weiten Umfange war bei uns nicht möglich, da die

Industrie durch das Hindenburg-Programm voll in Anspruch genommen war. Wir waren in dieser Beziehung im Nachteil, weil den Feinden die Industrie der ganzen Welt zur Verfügung stand. Dafür wurde sofort der Tankbau die gebührende Beachtung geschenkt. Die Bauwerke Dr. Stresemanns gegen unseren Kriegstechnischen Dienst sind übertrieben. Ich weise auf die schweren Steilfeuer- und Flachfeuergeschütze hin, die zu Beginn des Krieges ohne erhebliche Rolle gespielt haben. Die Maschinengewehr-Anfertigung und die Herstellung von Handwaffen ist dauernd gefördert worden. Ich schließe mit der Bitte, um Vertrauen und um Hilfe. Wir müssen jetzt, wenn die Notwendigkeit sich ergibt, unter Umständen dem Bedrückungswillen unserer Feinde den deutschen Kampfwillen entgegenstellen. (Veh. wiederholter Beifall rechts. Unruhe und Zurufe links.)

Abg. Noske (Soz.): Der Kriegsminister hat immer noch nicht erzählt, um was es sich hier handelt. (Zustimmung links. Widerspruch rechts.) Wir haben auch nicht geglaubt, daß die Vertreter des alten militärischen Systems rasch unternehmen können, aber auch das wird anders werden. Ueber die Tanks hätte er schweigen sollen, ebenso in bezug auf die Munitionsherstellung usw. Hoffentlich bringen die nächsten Stunden schon den Beweis dafür, daß die neue demokratische Regierung alle Wässer dem Frieden beträchtlich näher gebracht hat. Die Reden des gestrigen Tages waren mir ihn zu dem trübsten, den ich bisher erlebt habe. Deutschland wird die Zerstückelung angedroht, und rein deutsche Bevölkerung wird als Siegespreis verlangt. Ein Verständigungsfrieden, ein Frieden des Rechts wäre das nicht. Das Selbstbestimmungsrecht muß loyal durchgeführt werden. Die herbe Kritik, die der Abg. Stöckel an dem gegen die Polen verübten Unrecht geübt hat, begrüße ich. Aber er hätte auch Worte der Anerkennung dafür finden sollen, daß die polnische Freiheit nicht mit polnischem, sondern mit deutschem Blute errichtet wird. (Sehr wahr!) Polen und Deutsche sollten dessen eingedenk sein, daß sie aufeinander angewiesen sein werden. Auch die Annexionen deutscher Kolonien durch die Entente wäre unverträglich mit einem Rechtsfrieden. Deutschland muß zur Erschließung der Weltteile entsprechend seiner kulturellen Leistungsfähigkeit beitragen. Die Zerschmetterung Österreichs wird zur Tatsache. Für die Deutschen in Österreich wird es hoffentlich möglich sein, ihre Deutschstum zu erhalten. Welche Politiker scheinen das Selbstbestimmungsrecht der Völker für Europa zu verlangen. Aber die Lösung dieser Frage wird werden England und Frankreich in Ägypten, Marokko, Syrien und Indien zu prüfen bekommen. Das deutsche Volk braucht sich wahrlich nicht zu ängstigen, wie es die Alldeutschen jetzt meinen. Wenn deutsche Tapferkeit trotz glänzender Bajonettsiege nicht zum Siege führte, so deshalb, weil immer neue Gegner entstanden sind. Spätere Geschlechter werden nicht begreifen können, daß Deutschland überhaupt so lange widerstehen konnte. Die alten Fehler dürfen nicht wiederholt werden. Aus den besetzten Gebieten müssen die deutschen Soldaten so schnell wie möglich zurückgezogen werden. Demokratische Volksvertretungen sind dort zu bilden und diese müssen sehen, wie sie fertig werden. Deutsche Soldaten sind nicht dazu da, polnischen und anderen Großgrundbesitzern Dienste zu leisten. Die Konservativen fordern jetzt schon eine Abrechnung von der neuen Regierung. Die Abrechnung wird für die Konservativen und die Alldeutschen früh genug kommen. Der von bayerischen Sozialdemokraten geforderte Staatsgerichtshof zur Prüfung der Schuldfrage wird sich eingehend auch mit den Verhandlungen zu beschäftigen haben, die vor zwei Jahren zwischen dem Grafen Bernhoff und Wilson geführt wurden. Nach den Schulddingen der militärischen Missetaten fragt man auf jener Seite nicht, man will die militärische Autorität nicht schwächen. Das Volk denkt darüber anders. (Zustimmung links.) — Unsere Haltung zur U-Boot-Frage haben wir nicht zu bedauern. Jedes Kampfmittel ist zulässig, das einen militärischen Vorprung gibt. Gerade in England ist das Wort geprägt worden: Die härteste Kriegsführung ist die humanste, weil sie den Krieg am schnellsten beendet. Deutschland hat kein Schuldbekenntnis abzulegen. Wir müssen an den Ansehungsstreik gegen unsere Frauen und Kinder denken. Das Blut unserer Frauen und Kinder in den von Luftschiffen bombardierten deutschen Städten ist nicht schlechter, als das in torpedierten Schiffen vergossene Blut. Aber ein schwerer politischer Fehler ist der verhängnisvolle U-Boot-Krieg gewesen und deswegen haben wir gegen ihn gestimmt. — In bezug auf die Tankfrage hat auch der Kriegsminister v. Stein im April 1918 erklärt, sie sei abgeschlossen. Wie vielen deutschen Soldaten mag diese Gamaichenüberhebung das Leben gekostet haben? Dieser Mann, der sich im schroffsten Gegensatz zur Regierung und Volksstimmung stellte, ist in besonders ehrenvoller Weise verabschiedet worden. Das mag eine Formalität sein, aber das Volk achtet auch auf solche Dinge. Auch im Heer muß freie Bahn für den Tüchtigen werden, es müssen Männer Einfluß gewinnen,

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

34. Fortsetzung.

Sechzehntes Kapitel.

Der vierundzwanzigste Juli war der Tag, an dem, normittags um elf Uhr, auf dem Standesamt die Trauung Reiskners mit Lucie vollzogen werden sollte. Der Tag sollte ohne jede Feierlichkeit und ohne jede Feier verlaufen. Das hatten sie beide beschlossen. Er brachte nur die äußerliche Befriedigung dessen, worüber sie sich innerlich schon längst einig waren. Sie hatten zu niemandem von dem Tage ihrer Trauung gesprochen. Sie wollten niemanden sehen und allein sein. Kein dritter sollte in ihr Leben etwas hineinreden haben, weder im Guten noch im Bösen.

Reiskner hatte sich von Profop, der auch weiter im Dienste seines Herrn verblieb, während für Lucie ein Dienstmädchen und eine Köchin zur Verfügung standen, die sie sich selbst gewählt hatte, schon um sechs Uhr wecken lassen.

Er war wach und von einem jener leisen Angstzustände befallen, die sich bei manchen Menschen einstellen, wenn ihnen ein Glück, an das sie wohl geglaubt haben, das aber doch mehr nur ein Bestandteil ihrer Träume war, endlich zur Wirklichkeit wird.

Und dieser sonderbare Zustand übertrug sich auf alle seine Glieder. Sein Gang war unsicher, vor seinen Augen flimmerte es, und seine Stimme formte nur mühsam Worte und Sätze. Auch das Frühstück schmeckte ihm nicht, obwohl er Hunger hatte. So setzte er sich zu einem Glase Wein und versuchte es zu trinken.

Dabei versiel er in eine halbwahe Träumerei, aus der er von Zeit zu Zeit aufschreckte, wenn etwa die Standuhr in dünnen, kurzen Lauten schlug oder wenn etwa draußen die Türen gingen. Denn mit der Ruhe, die dies Haus sonst einschloß, lag, war es heute vorbei. Hundertelei war zu hören, und die neuen Dienstboten hatten nicht die leiseste Art, die Reiskner zu hören gelernt hatte.

Wie lange er so gefesselt hatte, hätte er nicht anzugeben vermocht. Es konnten immerhin Stunden gewesen sein, denn Profop tat jetzt ein und übergab Reiskner die Post.

Reiskner sah sie gar nicht an, sondern warf sie achtlos auf den Tisch. Dabei fiel ein Brief auf die Erde, den Profop aufhob und seinem Herrn neuerdings überreichte.

Reiskner warf einen flüchtigen Blick darauf, sagte aber plötz- lich und jagte zu seinem Diener, indem er diesen sehen an- sah: Profop, es ist gut...

Er war wieder allein, trat an das Fenster und betrachtete die Schrift, die ihm unbekannt war. Aber was seine Augen immer wieder anzog, war ein blauer Geknüllstempel, der dem Umschlag aufgedruckt war: „Gefängnisverwaltung“.

Gerade heute, dachte Reiskner, und seine Finger zitterten unmerklich, soll ich ihn öffnen?

Unschlüssig schritt er durch das Zimmer und kämpfte mit dem Unbehagen, das ihn lähmen wollte. Endlich fluchte er und riß den Umschlag auf. Ein dünnes Blatt war darin, das nur zwei Worte enthielt, die er bleich anstarrte, den Mund schmerzhaft verzog: „Verräter! Verräter!“

Und er hallte, von einem harten Wut gepackt, das Papier zusammen und warf es in eine Ecke, um ihm jedoch logisch wieder nachzulaufen, es aufzuheben und zu glätten. Wieder betrachtete er die Worte. Sie hatten jetzt Anieren und Falten, schienen ohnmächtig und hilflos. Da lachte er kurz und verschloß das Papier im Schreibtisch.

„Profop!“ schrie er zornig.

Profop kam und sah ihn fragend an.

„Er fuhr ihn an: „Ist alles in Ordnung? Ist alles bereit? Mein Anzug, meine Wäsche, mein Zylinder?“ Ist das Auto be- stellt?“ Die Fragen waren überflüssig, und er stellte sie nur, um sich zu entladen.

„Ja“, sagte Profop.

„Wie spät ist es?“

„Genau acht“, antwortete Profop, und die Standuhr schlug gleichzeitig ihren dünnen und kurzen Ton.

„Gut, ich bin für niemand zu haben, — ich will allein sein.“

Profop hob tastend die Hand. „Eine Dame ist draußen, die bittet, Sie sprechen zu dürfen.“

„Eine Dame?“

Profops Zug: wurden unter einem gezügig und bestimmt. „Sie macht einen — sehr sonderbaren, — sehr aufgeregten — Eindruck.“

„Ich glaube, daß man sie empfangen muß.“

Dieses sagte Profop, der sonst nie etwas sagte.

„Aha“, meinte Reiskner und dachte mit Ingrimm an Frau von Marisch, „ich lasse bitten!“

Er zündete sich eine Zigarre an, warf das Zündhölzchen während in eine Ecke und wandte sich der Türe zu, die sich nun öffnete und über deren Schwelle eine Frau trat, in der er ver- gebens Frau von Marisch suchte.

„Gnädige Frau, — Sie?“ rief er aus und hatte die Empfin- dung eines starken Unbehagens, das er sich nicht zu erklären vermochte.

„Ja, ich“, sagte Hilde Gutzeit, deren Erscheinung in der Tat recht schön anmutete, da ihr auffallendes, glänzendes Netz und

ihre jedergekämmerter, kühl-eleganter Hut stark mit ihrem Gesicht kontrastierte, das milde, erschöpft und resigniert war und dessen Augen ihren einzigen schönen Glanz völlig verloren hatten.

Reiskner tarrte sie nach einer raschen, graulamen Prüfung und sagte sich: Hier ist eine unter die Räber gekommen! Eine jede Ungeduld blitze zugleich in ihm auf, und er sagte weiter zu sich: Wenn schon, — was geht es mich an!

Er sah ihr einen Stuhl hin und fragte sehr kühl: „Womit kann ich Ihnen dienen?“

Hilde Gutzeit ließ sich zögernd nieder und zog ihr winziges Taschentuch, das sie an die Augen führte.

„Sie weinen?“ fragte er betreten. „Was haben Sie?“

Da erzählte sie mit erstickter Stimme, der man es anhörte, wie sie überwand, was in den Monaten, die seit dem Tode ihres Mannes verfloßen waren, gesehen war.

Es war eine Geschichte, wie sie zu Tausenden passieren, nichts Ungewöhnliches war an ihr. Und doch gewann sie durch einen Unterton, der heimlich mitleidig, eine Note, die sie aus den Tausenden der Kanalen anderer erhob. Dieser Ton war eine Anklage, die zwar nicht auszusprechen wurde, die Reiskner jedoch sehr wohl spürte. Sie richtete sich gegen ihn. Und sie lautete: Du hast Schuld.

„Aber Reiskner schraubte sich gegen diese Anklage und fragte sich: Habe ich wirklich Schuld? Was ist es an mir, wenn eine ver- wählte Frau nicht mehr in dürftige Verhältnisse zurückfällt und um gut leben zu können, ihre Kinder und ihre Ehe vergißt? Hatte diese überhaupt eine Ehre? Hatte sie sich ihm nicht schon viel früher angeboten?“

„Ja“, sagte er und blies kunstvolle Ringe in die Luft, „was Sie mir da erzählen, gnädige Frau, — er hielt es für eine be- sonders wirkungsvolle Abweitung, daß er noch immer „gnädige Frau“ zu ihr sagte! — „ist nicht kühn. Aber ich verstehe nicht, weshalb Sie es mir erzählen. Sind Sie etwa der Meinung, daß ich Ihnen helfen kann?“

„Doch“, sagte sie hart, „das können Sie.“

„Wie?“ fragte er gemächlich.

„Ihre Worte scheinen aus der Ferne zu kommen, so leicht waren sie gesprochen. „Ich habe“, sagte sie, „keinen sehr lobens- werten Gedanken, — gerade gestern, als mir besonders trübe zu- mute war, denn ich war da in Gesellschaft eines Menschen, der mich recht anwidert und dem ich es doch nicht zeigen darf, — ja, ich hatte da einen Gedanken, wie man in solchen Augenblicken oft Gedanken hat, die einem aufliegen.“

„Ich dachte mir, er könnte mir helfen, wenn er einmal ein gutes Wort zu mir sagen wußte, — wissen Sie, ich bin ein Wort, an das man sich dann klammert, weil man doch sonst nichts hat, an dem man sich festhalten könnte, — ja, solch ein einziges gutes Wort.“

Das dachte ich gestern! —

Fortsetzung folgt.

deren Bild nicht durch jahrzehntelangen Drill verengt ist. In England und Amerika haben Zivilisten bei der Organisierung der Heere Wunderbares geleistet. Die Hoffnung des Grafen Bismarck auf Wiederkehr des monarchischen Systems ist trügerisch. Das Volk fordert weitestgehende Sicherungen des neuen Systems gegen alle solche Wüthende und Bestrebungen. In der Annahmefrage hatten meine Freunde sich bereits in die Wege geleitet, als bei der ersten Rede des Reichstanzlers die Unabhängigen Sozialdemokraten nach Amnestie riefen. Der Uebergang vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat hat sich ohne Revolution in wenigen Tagen vollzogen, aber natürlich kann noch nicht alles geschehen sein. Noch sind zahlreiche Anhänger des alten Regimes in ihren Knebeln, aber die Regierung darf nicht nur guten Willen zeigen, sondern muß schnell Marsch machen. So ist es ein ungeheurer Fehler, daß gestern abend hier eine Verammlung der Friedensgesellschaft von der Polizei unmöglich gemacht wurde. Die Mitglieder müssen sofort aus ihren Knebeln entsezt werden. Bei der Wahlreform in Preußen sollte nicht wieder nur halbe Arbeit geleistet werden. Das Frauenwahlrecht sollte somit eingeführt werden. In England ist es in Anerkennung der Leistungen der Frauen ohne viele Kertzen eingeführt. Nirgends bestanden die Frauen ein größeres Martyrium als in Deutschland. Deshalb sollte hier bei einer großzügigen Neuordnung auch das Frauenwahlrecht gegeben werden. Zu großzügiger Neuordnung gehört auch das Proportionalwahlrecht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Jetzt haben sich Parteien verschiedener Weltanschauung zusammengeschlossen. Zentrum und Volkspartei stehen auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, während wir mehr wie je von der Notwendigkeit sozialistischer Maßnahmen überzeugt sind. Wir haben auch keinen Pakt für ewige Zeiten auf Gedeih und Verderben geschlossen, sondern weil Volk und Reich in höchster Gefahr sind, wollen wir mit dem Aufgebot all unserer Kraft mit dazuwirken, dem völligen Zusammenbruch vorzubeugen. Wir wollen in der Gemeinschaftsarbeit für die Rettung Deutschlands leisten, was wir allein nicht können, solange wir eine Minderheit sind. Aber wir werden nicht ruhen, bis die Mehrheit des deutschen Volkes unter der Fahne der Sozialdemokratie vereinigt ist. Deutschlands Zukunft gehört der Demokratie und dem Sozialismus, und erst auf dieser Grundlage wird fest beruhen der Fund der freien Völker und der dauernde Weltfriede. (Beifall! Beifall! b. d. Soz., Handklopfen auf den Tribünen.)

Präsident Eichenberg ruft nachträglich den Abg. Wenzel-Gesler zur Ordnung, weil er dem Abg. Korjantj zugerufen hat: Raus mit dem Hund!

Staatssekretär Trimborn: Wir müssen unser lebhaftes Bedauern darüber aussprechen, daß die gestrige Verammlung der Friedensgesellschaft nicht zustande gekommen ist. Die Verfügung des früheren Kriegsministers betr. die Behandlung der Verammungen gewisser Friedensgesellschaften ist aufgehoben. (Hört, hört! links.) Friedensversammlungen sollen gestattet werden. Die Verhinderung der gestrigen Verammlung fällt nach den bisherigen Bestimmungen nicht dem Polizeipräsidenten zur Last, sondern dem Oberkommando, das über die Genehmigung der Verammlung nicht rechtzeitig entschieden hat. Inwieweit dabei ein Verschulden vorliegt, wird noch untersucht. Wir haben Forderungen gestellt, daß das Programm der neuen Regierung in Sachen der Zensur und des Befehlswesens streng durchgeführt wird. Personen, die sich nicht für geeignet halten, oder nicht geeignet sind, energisch und gewissenhaft dabei mitzuwirken, haben aus ihrem Amt zu scheiden. (Lebh. Beifall links.) Die Einheitsfront der Reichsregierung wird auch auf diesem Gebiet unbedingt gewährleistet werden. (Lebh. anhaltender Beifall links.)

Abg. Kretsch (R.) spricht keine Entschuldigung über den Abg. Korjantj aus. Der deutsche Löwe sei noch nicht tot, er werde mit gewaltigem Brandanschlag die unbefähigten Polen in ihre Schranken weisen. Gegen die Ultramerikaner würden auch die christlichen Sozialdemokraten noch heute Mann für Mann zum Schwert greifen. Haeches Entzücken über die Verammlung in Bad sei also ganz unangebracht. Aber man müsse auch die Drücker heranziehen. (Zuruf links: Auch die Landwirte!) Darunter gäbe es keine Drücker, aber in Berlin liegen Tausende umher. Die Männer aus den Betrieben werden jetzt zu allem Möglichen herangezogen, wovon sie nichts verstehen, z. B. auch zum Regieren. (Heiterkeit.) Sie sollen lieber aus den Betrieben die Männer herausziehen, die wirklich entbehrlich sind. Die konservative Partei sei für die Regierungshandlungen nicht verantwortlich. Kein führender konservativer Parlamentarier sei jemals an eine leitende Regierungsstelle gerufen worden. (Widerpruch und Beifall links.) Man dürfe nicht jeden Menschen für einen Konteratiner halten, der „von“ heißt und einen aufständigen Kopf trägt. (Lachen bei den Anhäng. Soz.) Dem Standpunkt eines aus der natürl. Landsberg auch ein Konteratiner. (Heiterkeit.) Die Friedenssehnsucht ist allgemein. Aber deshalb sei es doch nicht gleichgültig, wie der künftige Friede aussehe. Die Stimmung der Landwirte sei wegen der Kriegsmagazine auf dem Steiermark und noch ein Tropfen mühte das Jahr zum Ueberlaufen bringen. Die Großgrundbesitzer könnten rein technisch unmöglich Schleißhandel treiben. Die Konservativen als Partei könnten beim Uebergang zum reinen Parlamentarismus nur gewinnen. Das Ausland sei um Staatsmänner wie Wilson, Lloyd George und Clemenceau immer mehr zu beneiden. Die neue unitarische Regierung habe die Reichsverantwortlichkeit gewemt und den verschwindenden preussischen und kaiserlichen Militarismus neu aufleben lassen. Die Alleinherrschaft der Konsumenten werde wirtschaftlich ruinös werden. (Steigende Unruhe und Zurufe bei den Konservativen: Hören Sie doch endlich auf mit Ihren elenden Klappschereien! Abg. Götze ruft seinen Freunden zu: Halten Sie doch diese unbedeutende Rede nicht durch Zwischenrufe wie auf! Rappert, Dove: Das Herz hat kein Recht auf bedeutende Reden! Heiterkeit.) Die herrschenden Klassen trügen am Kriege keine Schuld. Die Junker hätten England keine Konkurrenz gemacht. Die angeführten Schuldigen von Jena hätten auch die Befreiungskriege gemacht. Wenn Moske sage, der Krieg solle an die Front, dann sollten zunächst einmal die Reichstagsabgeordneten dahin. Und vor allem solle der Reichstag Staatsratsrat sein. Das deutsche Volk sei monarchisch bis auf die Knochen. (Stoß! rechts.) Wenn die Regierung zum letzten Schritt überzugehen, werden die Konservativen Mann für Mann hinter ihr stehen, gleichviel, wie schlecht man sie behandelt. (Lachen links, Beifall rechts.)

Reichsanwalt Bayer: Herr Reich hat Weckers Frage wiederholt, ob die Regierung die Verantwortung für den letzten Anlauf des sozialdemokratischen Parteivorstandes übernimmt. Kann man darauf im Ernst antworten? Reichsanwalt und Reichsregierung verantworten niemals Kundgebungen einer Partei. Leitartikel und Aufsätze sind keine Kundgebungen. (Heiterkeit und Beifall links.) Bei der Abfassung der Noten an Wilson sind alle Reichsparteien weitgehend beteiligt worden. Herr Reich hat behauptet, ich hätte umgesehen. Ich möchte wissen, wer in dieser Zeit nicht umgesehen. Die Klügsten und Besten sind es gewiß nicht, die selbst in solcher Zeit nichts lernen. (Sehr gut! links.) Wenn das „Berliner Tageblatt“ meine Rede für parteipolitisch erklärt hat, so kann ich kein Urteil darüber nicht als maßgebend anerkennen. Ich habe auf all die Vorwürfe geantwortet, die aus den Reihen der konservativen Partei und Presse in den letzten Wochen gegen die Reichsleitung geschleudert sind. Ich habe gar keine Verantwortung, mich lediglich auf die Ausführungen des Grafen Bismarck zu beschränken. Meine Rede gegen diese Angriffe auf die Reichsleitung mußte gehalten werden, und es ist gut, daß sie gehalten worden ist. (Beifall links.)

Abg. Ledebour (U. Soz.): Auf die Kriegslage brachte ich nicht mehr zurückzukommen, wenn nicht bei gewissen Leuten noch merkwürdige Aussagen beständen. Graf Potjomow sprach gestern noch von Sicherungen in Belgien. Wir hätten sie auch bei der günstigen militärischen Lage streng verweigert. Aber unter den jetzigen Umständen muß Graf Potjomow geradezu die letzten Wochen im Kaffeehaus verbracht haben! (Heiterkeit.) Aber wie soll man den Staatssekretär a. D. abeln, wenn heute ein Staatssekretär im Dienst, der Kriegsminister, beapanzt, wir

könnten den Krieg erfolgreich weiterführen. Hindenburg und Ludendorff haben anders geredet; die waren der Ueberzeugung, daß wir möglichst rasch Frieden machen müßten. Daraufhin hat man das demokratische Ministerium zusammengerufen, um Frieden zu machen. wurde nicht durch das deutsche Volk erkämpft, nicht durch den „Mist“, sondern durch die Unantheit der militärischen Lage. Jetzt will man dem Volke einreden, der Krieg könne fortgesetzt werden. Aber wie erklärt sich überhaupt das Verhalten Ludendorffs. Entweder ist ihm erst Ende September die plötzliche Erleichterung gekommen, daß der Krieg in der bisherigen Weise nicht fortgesetzt werden könnte, und dann war er verzweifelt kurzfristig und unterliegt dem stärksten Zweifel an seinen Fähigkeiten. Oder Hindenburg und Ludendorff haben schon längere Zeit den notwendigen Rückzug und die Gefahr des Zusammenbruchs voraus, dann haben sie Regierung und Volk im Unklaren gelassen, wie die Sache steht und sie dadurch verhindert, bei Zeiten einen besseren Frieden zu suchen. Jetzt ist die richtige Zeit zu Friedensverhandlungen verpaßt. Selbst Graf Hertling hat erklärt, über die Lage an der Front nicht rechtzeitig unterrichtet gewesen zu sein. (Hört, hört!)

An der Doppelwirtschaft von Militär und Zivil hat sich auch in der neuen Regierung nichts geändert. General Scheuch hat heute die feierlichen Erklärungen des Prinzen Max und seiner Stellvertreter durchkreuzt, die wohl auch die Meinung darstellen, der Staatssekretär ohne Vorbesprechung und Redeerlaubnis. (Heiterkeit.) General Scheuch hat gegen die Regierung offen frontiert und sich ausdrücklich auf den Grafen Bismarck gestützt. Selbst in dieser Lage, wo die Reichsregierung nach besten Kräften bemüht ist, das Friedensangebot zu vertreten, hat der Kriegsminister ihr die Suppe versauert. (Zuruf: Die alte Geschichte!) So nicht gibt der preussische Militarismus seine Macht nicht aus der Hand, wie die Mehrheitsparteien glaubten. Aber jetzt muß in härtester Weise durchgegriffen werden. Das Ausland darf an dem Ernst unseres Friedenswillens nicht zweifeln. General Scheuch braucht ja nicht den Zylinderhut zu nehmen, er kann ja nach dem kurzen ministeriellen Intermezzo an die Front geschickt werden, wo die militärischen Kapazitäten offenbar eine Seitenlinie sind. Wir dürfen uns die Friedensausichten nicht durch die militärischen Extravaganzen hören lassen. (Sehr wahr! links.) Die kommandierenden Generale haben das deutsche Volk in das größte Unglück hinein geriegt! Da muß aufgeräumt werden mit eiserner Faust, nicht mit den vier Federbüscheln der Mittelparteien. Mit der bisherigen Parlamentarisierung sieht es mündig aus. Bisher sind lediglich einige Abgeordnete burzauktifiziert worden. (Heiterkeit.) Der Anfang dieser Debatte machte den Eindruck einer Leisestimmung für Minderbegabte. (Heiterkeit b. d. U. Soz.) Das Verlesen von Reden widerspricht auch der Geschäftsordnung. (Vizepräsident Dove: Die Wahrung der Ordnung ist Sache des Präsidenten. Auch entspricht es wohl nicht dem Ernste der Lage, derartige Dinge zu erörtern. Lebh. Zustimmung.) Die bisherige schikanöse Polizeipolitik wird auch jetzt noch fortgesetzt. Unser Parteigenosse Reimann in Halle ist jetzt aus der Untersuchungshaft entlassen, aber sofort in Schutzhaft genommen. (Abg. Kunert (U. Soz.): Ein Scharfenreiß des Militarismus! Präf. Dove ruft den Abg. Kunert zur Ordnung.) In Hamburg sind zwei Frauen verhaftet auf Grund von Angaben, daß sie sich an dem Januarstreik beteiligt hätten. (Hört, hört!) Wir erwarten, daß der Abg. Stahl jetzt sein Mandat niederlegt und den Wählern freistellt, ob sie Liebknecht oder Stahl wählen wollen. (Sehr gut! b. d. U. Soz.) Liebknecht ist das Mandat gegen jede Rechtsauffassung entzogen worden. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Falls ich die Behauptung des Abg. Moske, wir seien 1914 für die Kriegskredite gewesen. Wir haben in der Fraktion sofort dagegen protestiert, haben uns dann aber dem Beschluß der Mehrheit gefügt, weil wir in der damaligen Situation die Sprengung der Partei nicht verantworten zu können glaubten. Jedenfalls ist es eine Perfide Sonderaktion, wenn die Anhänger der absoluten Einheitsfront der Disziplin unsere damalige Haltung jetzt gegen uns auszuweisen. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Wenn wirklich demokratisiert werden soll, müssen alle Verwaltungsbeamten Vordritte usw. entlassen und durch Männer ersetzt werden, die aus allgemeinen gleichm. Wahlen hervorgehen, wie das in der Schweiz und in Amerika der Fall ist. Das monarchische System hat völlig abgewirtschaftet. Der gegenwärtige Träger der Krone darf seinen unheilvollen Einfluß nicht weiter ausüben. (Zuruf b. d. U. Soz.: Abhandeln!)

Präsident Dove: Wegen dieses unerhörten Verstoßes gegen die parlamentarische Ordnung rufe ich Sie zur Ordnung.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Ich will dann nur die Tatsachen sprechen lassen. Zu Beginn seiner Regierung hat Kaiser Wilhelm II. in einer Ansprache an Rekruten gesagt, sie müßten auf Vater und Mutter stehen, wenn das kommandiert würde. (Hört, hört!) In den ehemaligen Kaiser Nikolaus hat Kaiser Wilhelm telegraphiert: „Der Admiral des Atlantischen Ozeans geht den Admiral des Stillen Ozeans.“ Das war nicht nur geschmacklos, sondern es war eine direkte Auspeitschung Englands zur Feindschaft gegen Deutschland. (Sehr richtig!) In der Korrespondenz mit dem Zaren Nikolaus II. hat sich jetzt ein Brief Kaiser Wilhelms II. aus dem Jahre 1895 gefunden, wo es heißt: Mein Reichstag zeigt eine verflucht läbliche Führung, indem er zwischen den Sozialisten, die von den Juden geführt werden, und den ultramerikanischen Katholiken hin- und her schwankt. Meiner Ansicht nach müßten beide Parteien einzeln gehängt werden.“ (Hört, hört! und Heiterkeit.) — Aber mit der Thronniederlegung des Kaisers wäre wenig gebessert. Ich will auf seine Nachkommenschaft nicht weiter eingehen. (Heiterkeit.) Das ganze monarchische System muß vielmehr beseitigt werden. (Sehr wahr!) Wenn die gegenwärtige Dummheit in Deutschland noch einmal etwas tun wollte, was ihr Ansehen und Achtung verschaffen könnte, dann würde ich ihr raten, daß sie soviel Patriotismus aufbringt, wie die Mandchus-Dynastie in China und freiwillig auf ihre Krone verzichtet. (Sehr gut!) Damit würde sie in dieser Situation Deutschland wirklich einen großen Dienst erweisen. (Sehr wahr!) Schließlich wird das, was wir verlangen, ja doch auch in Deutschland durchgeführt werden. Bei der Abfassung der Note an Wilson hat man leider unsern Rat nicht befolgt, den U-Boot-Krieg überhaupt aufzuheben. — Den Ausführungen des Abg. Haacke kann ich zustimmen, nicht aber denen des polnischen Redners. Für seine Ansprüche auf Weipreuzen hat sich der Abg. Straß auf einen Heftartikel eines Gymnasialprofessors aus dem Jahre 1754 berufen. (Heiterkeit.) Das Wort gegen die Professoren der Weipreuzen: „75 Professoren, Vaterland du bist verloren!“ hat noch immer gegolten. Jener Artikel trägt die Anrechtlosigkeit gegenüber dem polnischen König an der Stirne. Damals, das der polnische Redner für Polen beansprucht, hat weniger polnische Bevölkerung als Berlin. Auch die junge Weipreuzenbewegung ist deutsch. (Widerpruch bei den Polen.) Sie kennen ja nicht einmal die Ethnographie der Gebiete, die Sie für sich beanspruchen. (Heiterkeit.) Sie sehen sich in das Schwert der Unacht, wenn Sie den Versuch machen, dem kommenden polnischen Staat Gebiete anzufügen, in denen sich eine anderssprachige Majorität befindet. Ich bin immer gegen jede Unterdrückung der Polen eingetreten, aber ich werde auch zu jeder Zeit gegen die Unterdrückung von Deutschen auftreten. (Bravo!) Trotzdem ich internationaler Sozialist bin, höre ich nicht auf, ein Deutscher zu sein. (Lebh. Bravo b. d. Mehrheit.) Die Sprachgemeinschaft ist für das Volk entscheidend, nicht die Staatszugehörigkeit. — Wir verlangen für Europa einen europäischen Bundesrat, der durch ein Parlament regiert wird, ein Parlament, wie nach unserer Ansicht die künftige deutsche Republik. Wir appellieren an das arbeitende Volk, daß es die Revolutionierung unserer Verhältnisse in die Hand nimmt, und wir appellieren zugleich an die Arbeiter aller anderen Länder. Das Kriegskabinett soll Pläne einer Verständigung mit England über die Aufteilung Rußlands erwogen haben und der Staatssekretär Scheemann soll sich diesen Plänen geneigt gezeigt haben. Ist das wahr? Wir würden gegen ein derartiges Unternehmen mit allen Mitteln, auch mit den Mitteln der Gewalt, gegen die Regierung auftreten. (Bravo! b. d. U. Soz.)

Vizepräsident Dove ruft den Abgeordneten Ledebour wegen des gegen den Abg. Moske gerichteten Vorwurfs der Perfide nachträglich zur Ordnung.

Reichsanwalt von Bayer: Inhalt und Ton der Ausführungen des Abg. Ledebour sind geeignet, dem Vaterlande schweren Schaden zuzufügen. Das Schriftstück des Kaisers, auf das Bezug genommen ist, ist 23 Jahre alt und kann wohl keinen Eindruck auf das Haus machen. Gelegentliche Wendungen aus einer alten Privatkorrespondenz können nichts bedeuten gegenüber der historischen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse, auf deren Boden sich der Kaiser mit voller Entschlossenheit gestellt hat. Ich darf auch daran erinnern, daß gerade der Kaiser es war, der dem Zaren geraten hat, aufrichtige konstitutionelle Konsequenzen aus der Lage zu ziehen.

Kriegsminister Scheuch: In der persönlichen Reklamationsangelegenheit in der sich der Abg. Haacke an mich gewandt hat habe ich eine Prüfung eintreten lassen. Der Mann wird heute entlassen. Die Prüfung acht noch weiter. In der Entlassung des Abg. Haacke ist nicht im Widerspruch mit meinem Amtsverständnis. Es ist richtig, wie in dem vom Abg. Moske zitierten Schreiben steht, daß wir einen besseren Tauf haben, als die Gegner. Es fragt sich nur, in welcher Zeit wir ihn bestellen können. Dadurch erleidet sich auch der in nichts gerechtfertigte Vorwurf gegen die Schuld des Kriegsministers v. Stein an Verlusten. Die militärische Verabreichung des Generals v. Ludendorff brauche ich gegen den Abg. Ledebour nicht in Schutz zu nehmen. Ein Widerspruch zwischen meinen Ausführungen und denen des Reichsanwalts, wie ihn der Abg. Ledebour konstruierte, besteht nicht. Im Sinne der Schlussworte des Reichsanwalts sagte ich: „Sie können helfen dem Heere alles das auszuführen, was es braucht: Denn für uns handelt es sich unter Umständen darum, dem Vernichtungswillen unserer Feinde den deutschen Kampfeswillen entgegenzusetzen. Was ist da der Widerspruch?“

Abg. Götze (U. Soz.) (zur Geschäftsordnung) beantragt: Schluß der Debatte.

Abg. Ledebour (U. Soz.) widerspricht, da noch ein Pole und der Abg. Kretsch (R.) widerspricht ebenfalls, da die Polen auf die harten Angriffe antworten müßten.

Abg. Götze (U. Soz.): Das kann geschehen, wenn wir heute noch in die zweite und dritte Lesung eintreten.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

In der zweiten Lesung begründet Abg. Zehner (Ztr.) einen Antrag der Mehrheitsparteien, monach zur Erklärung des Kriegs die Zustimmung des Bundesrats und Reichstags erforderlich ist.

Staatssekretär Trimborn: Die Regierung stimmt diesem Antrage zu, vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesrats. Sie behält sich aber vor, in Erwägungen einzutreten darüber, ob nicht für die Zeit zwischen zwei Legislaturperioden noch eine besondere Vorkehrung in der Verfassung getroffen werden muß.

Ein Antrag der U-Soz., daß auch für Bündnissträge die Zustimmung des Reichstages erforderlich sein soll, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, U-Soz. und Polen abgelehnt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über das Vertrauensvotum der Regierung.

Bei 268 abgegebenen Stimmzetteln stimmen 193 mit ja, 52 mit nein und 23 Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung.

Darauf vertagt sich das Haus auf Freitag 2 Uhr. (Dritte Lesung, Gesetzentwurf zur Verfassungsänderung in Elsaß-Lothringen.)

Schluß 5 Uhr.

Arbeitgeber und Angestellte.

Unter dieser Spitzmarke bespricht die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ das Verhältnis zwischen Unternehmern und Angestellten. Der Artikel zeigt, daß es den Großindustriellen allmählich bange zu werden beginnt, weil sie die Angestelltenbewegung ernst zu nehmen haben. Solange die Unternehmer sich auf die Angestellten noch vertrauensvoll stützen konnten, so lange sei die Gefahr; mit einer radikalen Arbeiterbewegung zu arbeiten, nur halb so schlimm. Trete aber die Angestelltenbewegung offen auf die Seite der Arbeiter hinüber, dann wüßten die Gefahren für die Unternehmer und die Allgemeinheit ins Ungemeinere.

Um dieses Zusammengehen von technischen und kaufmännischen Angestellten mit den Arbeitern zu verhindern, wird in dem Artikel den Unternehmern angeraten, in Zukunft den Wünschen der Angestellten mit mehr Wohlwollen entgegenzukommen. Man werde an der Prüfung der Gehaltsätze nicht vorbeikommen. Das Ziel, die Angestellten zu den Unternehmern heranzuziehen, werde am besten erreicht, wenn den Angestellten eine ihrer Vorbildung und ihren Leistungen entsprechende Bezahlung zugewilligt werde.

Das Ziel ist also, die Angestellten von den „Kampfgewerkschaften“, wie es im Artikel heißt, abzugreifen, einen Keil zwischen beide zu treiben. Darum jetzt die größere Bereitwilligkeit zur Zahlung besserer Gehälter. Nun, für die Angestellten ist es weniger von Wichtigkeit, welche Beweggründe die Unternehmer zu größerem Entgegenkommen veranlassen, dafür müssen sie um so größeren Gewicht darauf legen, diejenige Waffe fest in der Hand zu behalten, die solchen Einfluß auf die Unternehmer auszuüben vermöchte. Das sind die gewerkschaftlichen Methoden, zu denen sich jetzt ein erheblicher Teil der Angestellten bekennt.

Die Unternehmer fühlen aber auch, daß die etwas verbesserte Lebenslage, die man nun gezwungenermaßen den Angestellten gewähren will, nicht genügt, die Angestellten an sich zu fesseln und im Gegensatz zu den Arbeitern zu bringen. Um sie bei der Stange zu halten, empfiehlt die „Arbeiter-Zeitung“, das Mittel der Korruption anzuwenden. Es heißt da: „Endlich wird man nicht vergessen dürfen, auch den wirtschaftsfriedlichen Gedanken in der Angestelltenbewegung zu erhalten, beziehentlich zu fördern. In gleicher Weise, wie man die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung seitens der Unternehmung unterstützt, wird man auch diese Angestellten-Werksorganisationen mit allen Mitteln fördern müssen, da sie die Erreichung ihrer Wünsche in einem vernünftigen Zusammenarbeiten mit der Unternehmung erblicken.“

Mit solchen Werksorganisationen, die einen Kampfcharakter nicht besitzen, könne jeder Unternehmer unterhandeln. Aufgabe einer weitsehenden Angestelltenpolitik aller deutschen Unternehmertreue werde es deshalb sein müssen, die sich bisher von den „sozialdemokratischen Gewerkschaftstendenzen“ fernhaltenden Angestellten dauernd an sich zu fesseln. Und für die Angestellten kann es nach dem obigen gar kein besseres Mittel, die Unternehmer zum Nachgeben zu zwingen, geben, als ihr dauernder Anschluß an die Organisation und die Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: Th. Schwarg. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Grundfächer jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“, Johannisstr. 46.